

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

9

IX. Jahrgang

ankfurt, September 1969

Einzelpreis 0,75 DM

2 S 21 395 E

22. XII 1970
BIBLIOTHEK

Der Wahlkampf in der Bundesrepublik, und besonders die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD, bewegen sich auf dem Niveau billigster Waschmittelwerbung. Keiner der Parteien vermag den Wählern in den grundsätzlichen Fragen eine Alternative zu bieten, und so wird versucht, den Wahlkampf auf die Entscheidung für Kiesinger oder für Brandt zu reduzieren. Wie bisher, verspricht die CDU/CSU den Wählern Sicherheit und Wohlstand. Aber in ihrer zwanzigjährigen Regierungsherrschaft war die Politik der CDU/CSU darauf gerichtet, hohe Profite für die Industrie- und Bankenmonopole zu sichern und die breite Masse des Volkes vom Wohlstand auszuschließen. Von sozialer Sicherheit ist jedoch keine Rede, und wenn sich auch die wirtschaftliche Situation gegenüber 1966 gebessert hat, bleibt die Sorge der Arbeiter und Angestellten um die Sicherung ihres Arbeitsplatzes, denn schon für 1970/71 rechnen die Wirtschaftsinstitute mit dem Beginn der nächsten Krise.

Die sozialdemokratischen Minister in der Kiesinger/Strauß-Regierung haben herausgeholt, was möglich war, behauptet die Wahlpropaganda der SPD. Aber wenn man das Ergebnis der Regierungspolitik an der Produktivitätskraft der Wirtschaft mißt, ist das Ergebnis geradezu niederschmetternd: Nach einer Feststellung des WWI ist im vergangenen Jahr das Bruttonsozialprodukt um 38 Milliarden DM angestiegen, von denen den 5 Millionen sogenannten Selbständigen 21 Milliarden DM zuflossen, während sich die 21 Millionen Arbeitnehmer die restlichen 17 Milliarden teilen durften.

Auch die Sicherung des Friedens in Europa ist durch die Politik der Großen Koalition und trotz Brandts neuer Ostpolitik nicht gefördert; vielmehr ist die Unsicherheit gewachsen. Die Beteiligung sozialdemokratischer Minister hat den Regierungskurs nicht auf eine realistische Politik gegenüber der DDR bringen können. Nach wie vor hält die Kiesinger-Regierung am Alleinvertretungsanspruch fest und weigert sich, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen und damit einen Beitrag zur Entspannung in Europa zu leisten. Auf der anderen Seite hat die CDU/CSU mit Hilfe der SPD die Notstandsverfassung durchgesetzt und damit die Demontage staatsbürgerlicher Rechte und Freiheiten eingeleitet. Durch den Verzicht auf die Auflösung oder das Verbot der NPD wurde gleichzeitig der Weg freigegeben für den Einzug der Neonazisten in den Bundestag.

Die Streikaktionen der Stahl- und Bergarbeiter in der Bundesrepublik haben deutlich gemacht, daß die Arbeiterschaft nicht mehr den Versprechungen der Bundestagsparteien glaubt. Sie hat zu der gewerkschaftlichen Erfahrung zurückgefunden, daß Wohlstand und soziale Sicherheit nicht von der CDU/CSU und der von ihr beherrschten Koalitionsregierungen erwartet werden kann.

Die Aktion Demokratischer Fortschritt führt einen entschiedenen Wahlkampf gegen die CDU/CSU und ihrem nationalistischen Anhänger, die NPD. Jede Stimme für die ADF ist darum eine Stimme für eine neue Politik.

Bonner Parteien haben versagt	2
Der Feind steht rechts!	4
Hoesch-Arbeiter gaben ein Beispiel	6
Bis jetzt kein Jahr der Löhne ..	7
IGM nutzte Chancen nicht	8
Das Preiskarussell dreht sich ..	11
Chemie-Gewerkschaftstag im Wahlmonat	12
Mitbestimmung am Arbeitsplatz	15
Zwanzig Jahre DDR (II)	16
Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik	20

Für ADF gegen Rechtskurs

SCHWARZER PETER

Warum der Teufel seine Großmutter verdrosch, ist hinlänglich bekannt: weil sie keine Ausrede mehr wußte. Die Arme kannte die westdeutschen Unternehmer noch nicht.

Seit Wochen weiß es jeder im Lande, daß nur noch der Wahltermin — um der CDU keinen Ärger zu bereiten — die großen Konzerne hindert, die Preislawine rollen zu lassen. Alles redet ungeniert von der „Anpassungs-inflation“, die notwendig sei, um das inländische Preisniveau dem davongelaufenen ausländischen anzugeleichen. Die Zeitungen schreiben seit Wochen, daß die Unternehmer ungeduldig warten, die günstige Konjunkturlage endlich für deftige Preissteigerungen und Extraprofite ausnutzen zu können. Und der Staat wartet auf die so bedingten höheren Steuereinnahmen.

Aber plötzlich ist alles ganz anders. Die ersten Lohnerhöhungen sind erkämpft worden. Nun sind diese schuld an Preissteigerungen. Die Kohlenbarone machten den Anfang. Und andere werden folgen: die Löhne sind schuld!

Nur gut, daß alle die Sache mit des Teufels Großmutter kennen — und den Schwarzen Peter.

okolus

Die Bonner Parteien haben versagt

Konsequente Arbeitervertreter gehören ins Parlament Am 28. September Wählerentscheidung für Alternativen

Am 28. September werden die Wähler zum sechsten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik an die Wahlurnen gerufen. Wie üblich rücken nun auch die Arbeiter und Angestellten wieder in ihrer Eigenschaft als Wähler in den Interessenkreis der Parteien. Die CDU/CSU wie auch die mit ihr in der Großen Koalition verbundene SPD sind eifrig bemüht, die Politik der Großen Koalition, die eindeutig gegen die sozialen Interessen der Arbeiterschaft gerichtet war, in Vergessenheit geraten zu lassen und die Wähler mit neuen Versprechungen wieder vor ihren politischen Karren zu spannen. Aber nichts kann über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Regierung der Großen Koalition den gleichen sozialreaktionären Kurs steuerte, den die CDU/CSU in ihrer zwanzigjährigen Herrschaft als Vertreterin des Großkapitals verfolgt hat.

Bereits mit Beginn der sechziger Jahre verstärkten sich die Angriffe der CDU/CSU-Regierungen und der Unternehmerverbände auf die Sozialleistungen des Staates. Mit der Behauptung, daß Soziallasten den Bundeshaushalt ins Defizit bringen und die Sozialdynamik das Wirtschaftswachstum gefährden, wurden die Angriffe motiviert. Aber es waren in Wirklichkeit nicht die Sozialleistungen, die den Bundeshaushalt zu sprengen drohten. Ihr Anteil verringerte sich ständig. Betrug er 1957 noch 33 Prozent des Bundesetats, so ist er bis 1969 auf rund 27 Prozent gesunken.

Auch das Wirtschaftswachstum wurde durch die Sozialleistungen keineswegs gefährdet. Diese Behauptung verfolgte lediglich den Zweck, den Sozialabbau psychologisch vorzubereiten, um auf Kosten der Sozialinvestitionen den wachsenden Haushaltsdefiziten Herr zu werden. Die tatsächliche Ursache der seit Jahren lawinenartig anschwellenden Verschuldung des Staates ist vielmehr der parasitäre Rüstungshaushalt. „Der Verteidigungshaushalt ist keine Reservekasse für die Korrektur der Haushaltsskrise veranlaßte aber schon Jahre“, hatte Kiesinger in seiner Regierungserklärung vom Dezember 1966 erklärt. Die 1965 offen ausgebrochene Haushaltsskrise veranlaßte aber schon die Regierung Erhard, erste Maßnahmen zum Abbau der Sozialleistungen vorzunehmen. Das heißt, umgekehrt wurde der Sozialhaushalt als Reservekasse für die Rüstungspolitik mißbraucht.

Die Regierung der Großen Koalition konnte unter Ausnutzung der Wirtschaftskrise und der damit für die Arbeiterschaft verbundenen Unsicherheit den Sozialabbau weiter fortführen. Entgegen der Behauptung der sozialdemokratischen Minister in der Regierung, die sich aus dem Haushaltsdefizit ergebenden Belastungen gleichmäßig auf alle verteilt zu haben, hat die Regierung die Lasten einseitig auf die Werkältigen abgewälzt. Von den rund 30 Milliarden DM, um die zur teilweisen Deckung des Defizits für den Zeitraum 1968 bis 1971 die Ausgaben gekürzt wurden, entfielen 11 Milliarden DM auf

den Sozialetat. Der Sozialabbau vollzieht sich zu einer Zeit, in der die Regierung den Unternehmern Steuererleichterungen und Sonderabschreibungen in erheblichem Ausmaß gewährt, und die Profite in der Wirtschaft schnell anwachsen.

Der Angriff der Kiesinger/Strauß-Regierung auf die soziale Sicherheit der Arbeiterschaft wird jedoch keineswegs gemildert durch das im Juni 1969 nach langem Kuhhandel zwischen den Koalitionsparteien verabschiedete Gesetz zur arbeitsrechtlichen Regelung der Lohnfortzahlung an Arbeiter im Krankheitsfall. Um dieses Gesetz haben die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften 15 Jahre lang gekämpft. Daß die Bundesregierung wenige Monate vor der Wahl dieses Gesetz vom Bundestag beschließen ließ, entspringt offensichtlich wahlaktischen Gesichtspunkten. Andererseits aber soll mit dem Lohnfortzahlungsgesetz der „Einstieg“ in die seit langem von den Unternehmern angestrebte Krankenkassenreform, die auf eine stärkere Selbstbeteiligung der Versicherten hinausläuft, gekoppelt werden.

In einem mehr als dürftigen Wahlauftruf hat der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert, am Wahltag ihre Stimme abzugeben für eine fortschrittliche, auf die Zukunft gerichtete Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Der Aufruf fordert u. a. von dem neu zu wählenden Bundestag einen Ausbau der Arbeitssicherheit, stufenweise Herabsetzung des Rentenalters sowie die völlige Be seitigung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte.

Daß eine Realisierung dieser Forderungen von den Parteien nicht erwartet werden kann, die bisher als Koalitionspartner der CDU/CSU den reaktionären Kurs dieser Partei unterstützt haben, steht wohl außer Zweifel. Und ein Wahlauftruf der Gewerkschaften dürfte sich nicht darauf beschränken, zur „demokratischer Partei“ aufzufordern und dabei den Eindruck entstehen zu lassen, als meine man damit die drei

Bundestagsparteien. Es kommt doch wohl sehr darauf an, daß die Arbeiter und Angestellten ihre Stimmen Bundestagskandidaten geben, die nicht nur von sich behaupten, Demokraten zu sein, sondern in der Vergangenheit ihre demokratische und sozial fortschrittliche Gesinnung unser Beweis gestellt haben.

Wer aber kann die Forderungen der Arbeiterschaft in einem Parlament wirksamer vertreten als die Arbeiter und Angestellten selbst. Leider gibt es in der Bundesrepublik nur eine Wahlpartei, die diesen vernünftigen Grundsatz verwirklicht: Die Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF). Die ADF ist ein Bündnis der außerhalb des Parlaments entstandenen demokratischen Opposition, die für längst fällige, soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen kämpft. In diesem Bündnis stehen Arbeiter und Angestellte, Lehrlinge und Studenten, fortschriftliche Gesinnung unter Beweis zusammen. Von den 248 Direktkandidaten der ADF sind 145 Arbeiter

NACHRICHTEN

für den

aktiven Gewerkschafter

Besser informiert

durch

NACHRICHTEN

oder Angestellte, darunter viele Betriebsratsmitglieder und Gewerkschaftsfunktionäre. Unter den 267 Landeslisten-Kandidaten gibt es 191 Arbeiter oder Angestellte.

„Vom künftigen Bundestag wird es in hohem Maße abhängen, wie sich die Lebensbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie ihrer Familien, in den kommenden Jahren gestalten.“ So der Aufruf des DGB. Eine Fraktion der Aktion Demokratischer Fortschritt, und sei sie noch so klein, wäre im Bundestag eine ständige Mahnung an Staat und Gesellschaft, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden; sie wäre eine entschiedene Vertretung der gewerkschaftlichen Forderungen im Parlament. Wer sich gegen die sozialreaktionäre CDU/CSU entscheiden will und seine Stimme für die ADF abgibt, kann fest damit rechnen, daß diese Stimme nicht über einen Koalitionskuhhandel zu einer Stimme für die CDU/CSU umfunktioniert wird.

H. S.

Volksverdummung

Mit Riesenanzeigen, die nach Geld stinken, wirbt die CDU nun schon seit Wochen für ihren genialen Bundeskanzler in den Zeitungen und Zeitschriften der Bundesrepublik. Das kostet Millionen. Und was da angepriesen und behauptet wird, soll Millionen verdummen. Es ist ja Wahlkampfzeit. Da werden die Worte nicht auf die Goldwaage gelegt. Da weiß man eben, daß es nur darum geht, den Wähler „einzufangen“. Und dieser Zweck heiligt hierzulande offenbar alle Mittel. Auch das der Lüge.

„So viel Mitbestimmung wie bei uns gibt es nirgendwo in der Welt!“ behauptet eine dieser teuren Anzeigen mit dem Konterfei Kiesingers. Wir sind also wieder die Besten, Größten, Ünbertrefflichen in der Welt. Das ist so ganz der bombastische, anmaßende Ton, den zu üben der Kanzler in der Nähe von Josef Goebbels und Hans Fritzsche schließlich mehrere Jahre Gelegenheit hatte. Aber darum geht es nicht allein.

Tatsache ist doch, daß die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in der Bundesrepublik seit zwanzig Jahren CDU/CSU-Herrschaft vergeblich um die Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft kämpfen, weil sie ihnen von der Partei Kiesingers und Straußens verweigert wird. Ausgerechnet jenen, die bei Rationalisierung und Konjunkturbrüchen ungefragt und aus Profitgründen entlassen, umgestuft und sozialer Leistungen beraubt werden, die auf den Ablauf der Wirtschaft keinen Einfluß haben, die nicht einmal Gewerkschaftsbeiträge im Betrieb kassieren und am Arbeitsplatz keine politischen Diskussionen führen — ihnen vorzumachen, sie genössen die meiste Mitbestimmung in der ganzen Welt, ist doch sehr couragiert!

Aber was die CDU in fetter Schlagzeile unter dem Kanzler-Bild behauptet, greift sie in dem folgenden Text gleich selber an, damit die Unternehmer sie nicht mißverstehen: „... treten wir für eine solche Mitbestimmung ein, die die Rechte des Einzelnen stärkt, dem Wohl des Ganzen und der Wirtschaft dient und die unternehmerische Verantwortung nicht untergräbt.“ Da es eine solche Mitbestimmung, die die Unternehmer weiterhin frei schalten und walten läßt, nicht geben kann, ist alles CDU-Gerede von Mitbestimmung eine Farce. Und weiter: „Es soll niemand von draußen in die Betriebe hineinregieren.“ Auch das ist ein Schuß gegen die Mitbestimmung, gegen die Gewerkschaften insbesondere. Aber warum sollte man den Satz nicht ernst nehmen und ihn endlich praktizieren: Hinaus also mit den Dutzenden von Leuten wie Flick, Abs und anderen, die in Hunderten von Aufsichtsräten sitzen, über die sie von außen in Betriebe hineinregieren, die sie noch nie von innen gesehen haben!

Große Koalition — Segen für die Reichen

Auf der Ratstagung der Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) Mitte August 1969 in Frankfurt/M. sprach der Referent des Parteivorstandes der DKP für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Werner Cieslak, zu aktuellen Fragen dieses Sachgebietes. Nachstehend einige Auszüge aus der bemerkenswerten Analyse Cieslaks über Rolle und Wirkung der Großen Koalition:

Ein großer Teil der Arbeiter und Gewerkschafter verband mit dem Sturz des Erhard-Kabinetts die Vorstellung, daß eine Regierung unter Beteiligung der Sozialdemokraten ihren erkämpften sozialen Status sichern und darüber hinaus weitere Verbesserungen durchsetzen könne. Aber offensichtlich war den Führungskräften der SPD die Aufgabe zugeschrieben, den von den Herrschenden geplanten Angriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten dadurch abzusichern, daß sie die Abwehrstellungen der Gewerkschaften durchbrechen und damit soziale Konflikte möglichst eingrenzen.

Hatte der vom Kapital beherrschte Staat bisher vor allem über seine Preis- und Steuerpolitik indirekt Einfluß auf die Entwicklung der Löhne und Gehälter genommen, so ist für die gegenwärtige Stufe der Einkommensregulierung typisch, daß er unmittelbar in die Erstverteilung eingreift. Mit Hilfe staatlicher „Orientierungsdaten“ für die Lohnentwicklung schaltet er sich in die Auseinandersetzung zwischen Kapitalisten und Arbeiterschaft ein mit der Absicht, die Aufteilung des Neuwertes zugunsten des Profits zu verändern. Und dabei die Gefahren auszuschalten, die durch den Eingriff des Staates in diesen Konfliktbereich für das herrschende System entstehen, sollen die Gewerkschaften in „Ordnungsfaktoren“ dieses Systems umfunktioniert werden.

Die traditionelle Verbundenheit vieler Gewerkschafter und unorganisierter Arbeiter mit der SPD hinderte viele daran, die Rolle der Führungskräfte der SPD in der gegenwärtigen — von den großen Konzernen beherrschten Regierung — richtig einzuschätzen. Hinzu kommt, daß der 1968 begonnene Wirtschaftsaufschwung, der bestimmte materielle Verbesserungen der Lebenslage nach der Wirtschaftskrise erlaubte, die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Propaganda erhöht, insbesondere, was die Rolle des Ministers Schiller betrifft.

Mit Hinweis auf das Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB, in denen eine volkswirtschaftliche Gesamtplanung gefordert wird, soll eine Identität der gewerkschaftlichen Planvorstellungen mit der verstärkt angewandten staatlichen Regulierung vorgetäuscht werden. So kam es auch, daß der bei den Gewerkschaften nicht beliebte Begriff „Lohnleitlinien“ von Schiller schnell mit dem etwas verbindlicherem Begriff „Orientierungshilfe“ ersetzt wurde, weil dieser auch im gewerkschaftlichem Gundsatzprogramm benutzt wird.

Ich glaube, daß die ADF mehr als einmal den Beweis geliefert hat — und von niemandem bestritten —, daß im bekannten Krisenjahr nicht nur das Sinken der Profite verhindert wurde, sondern es wurden weitere, teilweise sogar recht beträchtliche Profitsteigerungen erreicht. Dieser Entwicklung liegt nicht nur ein Rückgang des sogenannten Kostenfaktors Lohn durch Lohndruck und Entlassungen zugrunde, sondern vor allem ein starkes Zunehmen der Arbeitsintensität. Es ist bekannt, daß das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde als Resultat der in der Krise forcierten Rationalisierung stark anstieg, und ich meine, auf diese Weise wurde die Basis für eine Profitexplosion der Monopole für die Jahre 1968/1969 gelegt, die in ihrem Umfang, vor allem aber in der Relation zur Einkommensentwicklung der Arbeiter und Angestellten, einmalig ist.

Die starke Asymmetrie zwischen Lohn- und Preisentwicklung, die zudem in eine Periode fällt, die von Schiller als Phase der sozialen Symmetrie angekündigt wurde, entlarvt die Versprechungen des Ministers. Gerade die Lohnentwicklung des Jahres 1968 hat gezeigt und erneut bewiesen, daß ein konjunktureller Aufschwung unter den Bedingungen kapitalistischer Lohnregulierung nicht automatisch zu einem Ansteigen der Tariflöhne führt.

Nach wie vor ist die Bundesrepublik das Paradies der Reichen. Nach wie vor stimmt es, daß die Reichen immer reicher, die Einflußreichen immer einflußreicher und die Abhängigen immer abhängiger werden. Und all das ist nach meinem Dafürhalten letztlich darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen sind. Für diese Entwicklung trägt — wie wir im Aktionsprogramm der ADF feststellen — die CDU/CSU die Hauptverantwortung . . .

Der Ruf nach einer aktiven Lohnpolitik, nach Steigerung der Massenkaufkraft, Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der ganzen Wirtschaft führt immer mehr zu einer Konfrontation im Wahlkampf. Es wird immer offensichtlicher, daß nur die Aktion Demokratischer Fortschritt für die Arbeiterschaft die Alternativen gegenüber Macht und Einfluß der Herrschenden zu bieten vermag.

Antikriegstag

An diesem 1. September waren dreißig Jahre vergangen, seit die deutschen Faschisten mit dem Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg auslösten. 55 Millionen Tote und unvorstellbare Zerstörungen auf dem halben Erdball waren sechs Jahre später — 1945 das Fazit. Aus Anlaß der 30. Wiederkehr des verhängnisvollen 1. September haben vor allem der DGB und seine Gewerkschaften in den Städten der Bundesrepublik Kundgebungen und sonstige Veranstaltungen durchgeführt, um die Arbeiterschaft und die Öffentlichkeit für das Friedensengagement zu mobilisieren.

Die größte Aufgabe unserer Zeit sei es, erklärte der DGB-Bundesvorstand anläßlich des Antikriegstages, „den Wahnsinn des Krieges zu bannen und die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der militärischen Auseinandersetzungen zu beseitigen“. Es müsse alles getan werden, um neue Kriege zu verhindern und eine weltweite kontrollierte Abrüstung einzuleiten. Daran müsse gerade heute erinnert werden, „wo wieder neofaschistische Rattenfänger mit nationalistischen Parolen werben und die NPD sich selbst als ‚Sammelbecken für die Wiedergeburt der Nation‘ ausgibt“.

Daß die Gewerkschaften gewillt sind, ihren Beitrag zur Friedenssicherung zu leisten, versicherte auch der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter auf der Antikriegskundgebung des DGB in Mainz. Vetter teilte mit, daß ihm aus Anlaß dieses Gedenktages von den Vorsitzenden der Gewerkschaftsbünde der Sowjetunion, Polens, Rumäniens, der DDR, Bulgariens, Ugarns und der Tschechoslowakei ein Schreiben mit dem Vorschlag zugegangen sei, sich unter Respektierung der gegenseitigen Auffassungen über Staat und Gesellschaft zu einer Beratung über die Sicherung des Friedens in Europa und der Welt zusammenzufinden. Der DGB und seine Gewerkschaften, sagte Vetter, würden diesen Vorschlag sehr ernst auf seine Chance für den Frieden prüfen.

Der 8. Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik, der Anfang September in Wiesbaden stattfand, hat diese Idee bereits aufgegriffen. In einem einstimmig beschlossenen Initiativantrag heißt es: „Die Delegierten betrachten dieses Angebot als Schritt zu einer Friedenspolitik und fordern den Bundesvorstand des DGB auf, dieses Angebot anzunehmen.“

Der 30. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges — der Antikriegstag 1969 — ist für viele Gewerkschafter und andere demokratische Kräfte Anlaß gewesen, nicht nur der Schrecken des Krieges und seiner Opfer zu gedenken, sondern vor allem die Öffentlichkeit wachzurütteln und auf die Gefahren hinzuweisen, die sich aus dem Wiederaufleben des Nazismus für den Frieden ergeben können. Es ist notwendig, dieses Engagement für den Frieden erheblich zu verstärken. -ert

Der Feind steht rechts!

**NPD und Neonazismus — schärfste Form der Rechtsentwicklung
Eine aktuelle Analyse — Von Josef Ledwohn**

Die Arbeiterbewegung und alle demokratischen Bürger sind durch das Auftreten der NPD, des Neonazismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, herausgefordert. Es handelt sich dabei um nicht weniger, als daß die politische Entwicklung in der Bundesrepublik auf einen Wendepunkt zusteht. Eine neue Herrschaftsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird von den reaktionärsten und militaristischsten Kräften planmäßig vorbereitet. Es wäre völlig falsch, diese Gefahr einseitig in der NPD zu sehen.

NPD und Neonazismus entwickeln sich deutlich als Teil der allgemeinen Rechtsentwicklung in den letzten Jahren. Es sei nur an die Notstandsgezeuge erinnert, die der Regierung das „legale Instrumentarium“ in die Hand gegeben haben, das Grundgesetz mit seinen demokratischen Rechten für das Volk — seien sie auch noch so ausgehöhlt und fragwürdig — außer Kraft zu setzen und mit faschistischen Methoden zu herrschen. In der Bundeswehr hat sich in aller Stille eine Gruppe reaktionärer Offiziere herausgebildet, die jeden Ansatz demokratischen Denkens bei den Soldaten und im Militärapparat wütend bekämpfen. Man muß sogar sagen, daß dort schon die personellen Kräfte entwickelt sind, die von ihrer politischen Haltung her eine Militärdiktatur in der Bundesrepublik aufrichten können. Diese Militärs könnten auf der Parteienebene auf die Unterstützung und Zusammenarbeit mit solchen Leuten rechnen wie Kiesinger, Thadden, Strauß und Guttenberg.

Wenn man bedenkt, daß neben der NPD und den reaktionären Militärs zahlreiche revanchistische und militäristische Organisationen aktiv sind — Organisationen, die viele Mitglieder haben und staatlich gefördert werden — kann man ermessen, wie groß die Gefahr ist, unsere Bevölkerung faschistisch zu verseuchen und eine Situation zu schaffen, alle Ansätze und Möglichkeiten einer demokratischen Entwicklung zu zerschlagen und ein Terrorregime etwa nach griechischem Muster aufzurichten.

Mögen die Arbeiter und vor allem die Funktionäre der Arbeiterbewegung daran denken, daß die Hitlerpartei vom Großkapital finanziert und an die Macht gebracht wurde. Die NPD spielt heute eine ähnliche Rolle wie die NSDAP; sie ist für das Großkapital eine neue Hilfstruppe zum Schutz ihres Ausbeutersystems und dient gleichzeitig den Monopolen zur nationalstistischen Verhetzung und Mobilisierung des Volkes, um die aggressive Politik des deutschen Imperialismus durchzusetzen. So ist zu erklären, daß die 10 Millionen DM, die Thadden für den Wahlkampf einsetzen will, von den Großindustriellen aufgebracht werden, wie Thadden es im „Spiegel“ ausgeplaudert hat.

Thadden und seine neue SA — vorläufig Ordnungsdienst genannt — fin-

den den offenen Beifall der Monopolverherren, wenn wieder vom „roten Revoluzzerpack“ gesprochen wird, das „von der Straße gefegt“ werden müsse. Thadden fordert offen die Wiederherstellung der Grenzen des „alten Reiches“ — wie die CDU/CSU; er fordert „moderne Waffen für unsere Soldaten“ (Atomwaffen) — wie die CDU/CSU. Er lehnt wie Kiesinger die Anerkennung der DDR ab. Sein ganzer außenpolitischer Standort wird durch den Ausspruch charakterisiert: „Wir haben den zweiten Weltkrieg zwar militärisch, aber noch nicht politisch verloren.“ Wer wollte dabei die Verwandtschaft mit Strauß übersehen, der dasselbe meint, wenn er kurz sagt: „Der zweite Weltkrieg ist noch nicht beendet.“

Im Programm der NPD heißt es unter anderem dazu: „Wir Nationaldemokraten fordern den Widerstand gegen das Unrecht der Anpassung, des Verzichts und der Unterwerfung.“ Den Monopolverherren wird ausdrücklich programmatisch versichert, daß die NPD „... eine kapitalstarke Großindustrie in unserer Volkswirtschaft für unerlässlich ...“ hält. Ganz im Sinne der faschistischen Arbeitsfront wird eine „Treuepflicht“ zwischen Arbeitern und Unternehmern beschworen und die „... endgültige Überwindung des Klassenkampfes und Bildung einer Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden“ als „Aufgabe in der industriellen Massengesellschaft ...“ zugesichert. Den Gewerkschaften wird die Aufgabe der hitlerischen Arbeitsfront zugesprochen, die „Treuepflicht“ zwischen Arbeitern und Unternehmern zu garantieren.

Die Politik der NPD ist also faschistisch, ihre demagogischen Worte wie „Ehre der Nation“, „Saubereit im Staat“, „soldatischer Geist“, „Ordnung und Sicherheit“ zeigen uns, daß sie so viel wie nur möglich aus dem faschistischen Sprachschatz von Josef Goebbels übernommen hat.

Das Anwachsen des Neonazismus ist die bisher schärfste Form der Rechtsentwicklung und gibt allen klassenbewußten Kräften der Arbeiterschaft, gibt allen liberal und demokratisch gesinnten Bürgern Grund zu großer Sorge und höchster Wachsamkeit. Es ist beunruhigend, wenn die Regierungen in den Ländern und vor allem die Bundesregierung, wenn CDU/CSU alles tun, um diese Gefahr vor der Bevölkerung zu verschleiern. Bundeskanzler Kiesinger — ehemaliges

NSDAP-Mitglied und einst führender Nazi — sagt einfach, es gäbe keine neue nazistische Partei in der Bundesrepublik. Die von Strauß geführte CSU meint aufschlußreicherweise, die NPD mache die gleiche Politik, wie die CDU/CSU sie seit 20 Jahren betreibe. Zu den Wahlen ist die NPD ausdrücklich zugelassen und Bundesinnenminister Benda ordnete aktiven Polizeischutz für die faschistischen Volksverhetzer an.

Es muß geradezu als tragische Wiederholung von Fehlern bezeichnet werden, wenn der Parteivorstand der SPD verbietet, daß Sozialdemokraten gemeinsam mit Kommunisten gegen die faschistische NPD vorgehen. Die Spaltung der antifaschistischen Kräfte durch den damaligen Parteivorstand der SPD hat 1933 dem Kampf gegen den Faschismus das Rückgrat gebrochen. Die Leidtragenden waren das ganze werktätige Volk, die ganze deutsche Nation.

Die in Bonn herrschenden Kräfte geben dem Neonazismus freien Spielraum. Gerade in diesem Zusammenspiel von staatlicher Macht, Neonazismus und CDU/CSU kommt die Gefahr einer neuen faschistischen Diktatur auf uns zu. Wieder einmal wird die

marxistische Erkenntnis unterstrichen, die Hilferding so ausdrückte: „Das Finanzkapital will nicht Demokratie, sondern Herrschaft.“

Die Erkenntnis der Gefahr der Rechtsentwicklung und ihrer schärfsten Form des Neonazismus ist die erste Voraussetzung dafür, die Arbeiterklasse, die Arbeiterorganisationen, alle demokratischen Bürger dagegen zu mobilisieren. „Der Feind steht rechts.“ Die drohende faschistische Gefahr kann gebannt werden. Kommunisten, Sozialisten und Demokraten dürfen sich durch niemanden im Kampf gegen die Rechtsentwicklung auseinandermanövrieren lassen. In ihrer Einheit liegt ihre Stärke. Der Anfang dazu ist bereits gemacht. In Bürgerausschüssen von Großstädten haben Gewerkschafter, demokratische Bürger, Kommunisten und Sozialdemokraten sich zusammengefunden, um den Neonazismus aktiv zu bekämpfen. Das ist eine Ermutigung für alle, die die Rechtsentwicklung stoppen und den Neonazismus zerschlagen wollen, für alle, die für die Bundesrepublik einen neuen Kurs, eine Politik wollen, die den Frieden sichert, der Demokratie Spielraum gibt und den sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglicht.

Dokumente über die Nazi-Vergangenheit des Bundeskanzlers. Kiesinger, so erfährt man darin, hat nicht nur von den Menschlichkeitsverbrechen der NS-Machthaber gewußt, sondern er gehörte sogar „zu den Bestinformierten im Nazi-Reich“. Der Leiter der Rundfunkabteilung im Goebbels-Ministerium, Fritzsche, empfahl Kiesinger wegen seiner „guten politischen, charakterlichen und fachlichen Voraussetzungen“ für einen besonderen Vertrauensposten.

Unter dem Eindruck dieser Vorgänge wandte sich die DKP Ende August gegen eine Erklärung des Präsidiums der SPD, in der ein Zusammengehen von Sozialdemokraten mit Kommunisten im Kampf gegen die NPD abgelehnt wurde. Die DKP bedauert diese Haltung und stellt fest: „Die Rechtsentwicklung kann getoppt werden, wenn die demokratischen Kräfte zum gemeinsamen aktiven Auftreten Impulse geben. Sie ergeben sich aus dem Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten, Gewerkschaftern, Christen, Pazifisten und anderen demokratischen Kräften, von Arbeitern und Intellektuellen, Jugendlichen und Studenten.“

Die DKP empfiehlt, wenn schon keine gemeinsamen Aktionen gegen den Neonazismus zustande kommen, so wenigstens „gleichgerichtete selbständige Aktionen“ von Kommunisten und Sozialdemokraten durchzuführen. Wörtlich heißt es zur Begründung: „Die DKP möchte damit eindringlich klarstellen: es geht ihr nicht um parteipolitische Propaganda, nicht um eine ‚Aufwertung‘ der DKP an der Seite der SPD und auch nicht um spektakuläre Publizität für Aktionen im Sinne unserer Politik der Aktionseinheit — es geht uns einzig und allein um die Sache, um die effektive Abwehr des Neonazismus und der Rechtsentwicklung.“

Einheit gegen Rechts-Eskalation

Die Rechtseskalation in der Bundesrepublik schreitet fort. Die Polizei schlägt immer häufiger auf Anti-Nazi-Demonstranten. Sie tut das mit äußerster Brutalität. So kürzlich in Flensburg, Bielefeld, Recklinghausen, Düsseldorf. Über 100 zum Teil erheblich Verletzte sind das Fazit eines Monats. In Flensburg hat da Schöffengericht einen Demonstranten gegen das Auftreten von Thaddens am 28. August im Schnellverfahren zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Wegen Landfriedensbruchs. Und der schleswig-holsteinische Innenminister Schlegelberger hat ausdrücklich „schärfere Maßnahmen“ gegen Demonstranten angekündigt, die NPD-Versammlungen „stören“.

In Idar-Oberstein war am 31. August der Bundesgeschäftsführer der FDP, Hans Friderichs, so instinktlos, sich mit dem NPD-Vorsitzenden Thadden zu einem öffentlichen Forum an einen Tisch zu setzen. Vielleicht hat er auch nur sein Innerstes offenbaren wollen. Thadden jedenfalls konnte nach dem „Streitgespräch“ zufrieden feststellen: „Man kann mit der NPD reden.“ Daß diese Aufwertungsrunde für Thadden nicht in den Protestrufen der Demonstranten unterging, ist indessen das Verdienst eines SPD-Politikers. Der Bundestagsabgeordnete Dröscher stellte sich ihnen entgegen und „überzeugte“ sie, daß man mit der NPD friedlich streiten müsse.

Es kann keine Frage sein: Die gegenwärtige neonazistische Eskalation, die sich in der Bundesrepublik vollzieht, erfordert energische Gegenmaßnahmen aller demokratischen Kräfte. In diesem Sinne sind die zahlreichen Widerstands- und Protestaktionen, die der DGB und seine Gewerkschaften in allen Teilen der Bundesrepublik durchführen, zu begrüßen und zu unterstützen. Die Arbeiterschaft hat unter dem Nazismus schon einmal gemeinsam gelitten und unvorstellbare Opfer an Gut und Leben bringen müssen. Jetzt gilt es vorher, gemeinsam alle Kräfte einzusetzen, um den wiederauflebenden Faschismus frühzeitig zu ersticken.

G. S.

Der Einsatz der Staatsautorität zum Schutze der Neonazis hat den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Werner Kuhlmann, zu bitterer Klage veranlaßt. In einem Schreiben an die Innenminister und -senatoren der Länder beschwerte er sich darüber, daß die Polizei in die Rolle von Beschützern der Feinde der Demokratie gedrängt werde. Weil Bonn die NPD

In diese neonazistische Eskalation hinein veröffentlichte die Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) weitere

Hoesch-Arbeiter gaben ein Beispiel

Initialzündung für eine machtvolle Streikwelle Schluß mit der Drosselung von Löhnen und Gehältern!

Eine Streikwelle als Ausdruck der Empörung der Lohnabhängigen über die Ergebnisse Bonner Wirtschaftspolitik hat die Eisen- und Stahlindustrie, den Steinkohlenbergbau und auch einzelne Unternehmen der Metallverarbeitung, wie die Howaldt-Werft Kiel, ergriffen. Die voraufgegangene und noch andauernde „Profitexplosion“ hat bei den Übervorteilten, den Arbeitern und Angestellten, in Dutzenden von Betrieben zur Explosion einer lange aufgestauten und nur mühsam unterdrückten Enttäuschung und Empörung geführt. Die Arbeiter wollen an den Früchten ihrer Arbeit teilhaben. Vom Hoesch-Konzern sprang der Streikfunke auf die ganze Montanbranche über. Bei Redaktionsschluß dauerten die Streiks noch an. Unser Korrespondent berichtet nachstehend vom Kampf der Hoesch-Arbeiter.

Die Stahlarbeiter des Dortmunder Hoesch-Konzerns haben einen großartigen Erfolg errungen. Durch einen geschlossen geführten Streik zwangen die rund 24 000 Belegschaftsmitglieder die Konzernleitung, einer außertariflichen Lohnerhöhung zuzustimmen, durch die sich ab 1. September der Stundenlohn um 30 Pfennig erhöhte.

Der Streik auf sämtlichen Werken, mit dem sich ein lang aufgestauter Groll der Hoesch-Arbeiter entlud, hatte im wesentlichen zwei Ursachen. Einmal wurden im Zuge der fortgesetzten Zusammenlegungs- und Konzentrationsmaßnahmen im Bereich der Dortmunder Hoesch AG nicht nur 15 Prozent aller Arbeitsplätze beseitigt, sondern auch teilweise drastische Lohnkürzungen vorgenommen. Zum anderen entpuppte sich Schillers konzertierte Aktion besonders für die Stahlarbeiter als eine mit gewerkschaftlicher Billigung geführte Regierungspolitik zur Absicherung der wachsenden Unternehmergevinne.

Während sich die Stahlarbeiter des Hoesch-Konzerns für die Zeit vom 1. März bis zum 30. November 1969 mit einer Tariflohnerhöhung von sage und schreibe 2 Prozent begnügen müssen, kommen die Früchte des Stahlbooms ausschließlich den Aktionären zugute. Das drückt sich unter anderem auch darin aus, daß die Hoesch AG für das abgelaufene Geschäftsjahr eine von 6 auf 8 Prozent erhöhte Dividende zahlt. Im laufenden Jahr konnte der Dortmunder Stahlriese seinen Gesamtumsatz sogar um 15,4 Prozent steigern. „Das Ergebnis hat sich noch stärker verbessert“, stellte Hoesch-Vorstandsvorsitzender Harders zufrieden fest.

Als die Konzernleitung bemerkte, daß in der Belegschaft die Zeichen auf Sturm standen und die Stahlarbeiter nicht mehr länger gewillt waren, sich um die Ergebnisse der Hochkonjunktur und der Rationalisierungsfortschritte bringen zu lassen, bot sie dem Betriebsrat eine außertarifliche Lohnerhöhung von 15 Pfennig pro Stunde an. Doch die Arbeiter der Westfalenhütte waren mit ihrer Geduld am Ende. Sie lehnten das Angebot der Konzernleitung als völlig unzureichend ab und traten am 3. September in einen spontanen Streik. Selbst die Hoesch-Verwaltung mußte

zu diesem Zeitpunkt einräumen: „Die Ursache der Arbeitsniederlegung ist in einem gewissen Zurückbleiben der Löhne wegen der durch den Zusammenschluß mit der Dortmund Hütten-Union notwendig geworden, aber aus arbeitstechnischen Gründen noch nicht abgeschlossenen Lohnharmonisierung zu sehen.“

Schon während der ersten Stunden des Kampfes vereinbarte der Vorstand mit dem Betriebsrat eine Lohnerhöhung von 20 Pfennig je Stunde. Die 12 000 streikenden Westfalen-Hütten-Arbeiter, von denen sich inzwischen mehrere Tausend vor dem Hauptverwaltungsgebäude versammelt hatten, ließen sich jedoch durch dieses Zugeständnis nicht beeindrucken und forderten kategorisch: „30 Pfennig mehr und nichts weniger.“

Am 4. September erklärten sich die Belegschaften der Werke Union und Phoenix mit ihren kämpfenden Kollegen von der Westfalenhütte solidarisch und legten gleichfalls die Arbeit nieder. Damit befanden sich rund 24 000 Stahlarbeiter des Hoesch-Konzerns im Streik. Wieder formierten sich die Belegschaften zu einem machtvollen Demonstrationszug, der durch die Straßen Dortmunds zum Hauptverwaltungsgebäude zog. Angesichts dieser Kampfentschlossenheit der Stahlarbeiter mußten die Hoesch-Gewaltigen endgültig nachgeben.

Nach 30 Stunden Streik konnte schließlich Betriebsratsvorsitzender Pfeiffer unter dem ohrenbetäubenden Jubel der versammelten Belegschaftsmitglieder verkünden: „Kollegen, Eure Forderung wird erfüllt. Ab 1. September gibt es je Stunde 30 Pfennig mehr.“ Der durch einen entschlossenen Kampf erreichte Sieg der Hoesch-Arbeiter war perfekt. Die außertarifliche Lohnerhöhung wird nicht auf den kommenden Tarifabschluß angerechnet. Außerdem erhalten die Streikenden die Ausfallzeit bezahlt. Mit dem Lied vom „schönen Tag, so wunderschön wie heute“ zogen die Stahlarbeiter wieder an ihre Arbeitsplätze zurück.

Der erfolgreiche Streik bei Hoesch dürfte nicht ohne weitreichende tarifpolitische Konsequenzen bleiben.

Streikerfolge

Die große Demaskierung hat stattgefunden. Die streikenden Stahl- und Bergarbeiter haben den Bonner Politikern die sozialen Masken vom Gesicht gezogen. Gerade noch rechtzeitig vor der Wahl. Nun kann jeder sehen, der will, daß die „soziale Symmetrie“ nichts ist als Verdummungsgerede, daß die „konzertierte Aktion“ eine Einrichtung zur Übervorteilung der Arbeiter und Angestellten ist. Denn das ist klar: die Arbeiter haben zur Selbsthilfe gegriffen, weil sie nicht warten wollten, bis der Kuchen Sozialprodukt wieder restlos zu Gunsten von Staat und Unternehmern verteilt ist. Sie haben mit Erfolg gekämpft.

Die 10prozentige Lohn- und Gehalts-erhöhung im Steinkohlenbergbau und die 11 Prozent für die Stahlarbeiter — und außerdem die Anpassungszahlungen — sind der materielle Ausdruck dieser Erfolge. Aber noch viel größer ist der politisch-moralische Erfolg. Die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik hat wieder einmal ihre Kraft gezeigt, die die Herren Minister und Kuponabschneider leicht erzittern ließ. Sie hat warnend den Finger erhoben und deutlich gemacht: Die oben können nicht machen was sie wollen! Was wird, wenn sie einmal die Fäuste ballt . . . ?

Überrascht von der Spontanität und Wucht der Streiks sind aber auch einige Funktionäre in den Gewerkschaftsvorständen. Das zeigt, daß in der politischen Konzeption dieser Spitzenfunktionäre einiges nicht in Ordnung ist. Sie haben, um es deutlich zu sagen, zu lange und zu sehr auf Prof. Schiller gehört und dabei langsam, aber sicher die Interessen der Lohnabhängigen aus den Augen verloren. Durch „schillerkonformes“ Verhalten wollten offenkundig Gewerkschafter wie Otto Brenner, Walter Arendt und andere mithelfen, den „Beweis zu erbringen, daß die vermeintlich „neue“ Wirtschaftspolitik des sozialdemokratischen Professors besser ist als die des CDU-Professors Erhard. Das hat nicht geklappt und konnte es auch nicht. Denn Schillers wie Erhards Politik war nur für eine Mini-Gruppe im Volke gut: für Großaktionäre und Konzernmanager.

Was übrig bleibt, ist der nackte Kapitalismus, ist Klassenkampf. Und die Erkenntnis, daß nur durch die Bereitschaft, diesen Kampf auszutragen, die soziale Situation der Arbeiter und Angestellten verbessert werden kann. Wenn die Gewerkschaften jetzt in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft den vorzeitigen Abschluß neuer Tarifverträge verlangen, so ist das eine richtige Antwort auf das Überschäumen der Unternehmergevinne. Den etablierten Bonner Parteien am 28. September mit dem Wahlzettel einen „Denkzettel“ zu verabreichen, gehört allerdings ebenso zur richtigen Antwort.

Bis jetzt kein „Jahr der Löhne“

Weitere Tarifbewegungen bis Ende des Jahres Aktive Lohn- und Gehaltspolitik verwirklichen

Bis Ende des Jahres können die Tarifverträge für mehr als fünf Millionen Arbeiter und Angestellte gekündigt werden. Besondere Bedeutung haben die Lohnauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst und dem Steinkohlenbergbau, deren Tarifverträge zum 31. Dezember ablaufen. Es wäre ein großes Versäumnis, wenn bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den Unternehmern weiterhin solche unzureichenden materiellen Ergebnisse herauskämen, wie bei den meisten in diesem Jahr geschlossenen Vereinbarungen.

Ganz besonders gilt diese Kritik der IG Metall, die in der metallverarbeitenden Industrie im Durchschnitt des Jahres nur eine Bruttolohnerhöhung von 5,7 Prozent erreichte und, damit selbst noch unter der Orientierungshilfe von Minister Schiller blieb. (Siehe auch: „IG Metall nutzte die Chancen nicht.“) Vielmehr ist im Interesse der Arbeiter und Angestellten geboten, aus den bisherigen Abschlüssen richtige Schlüssefolgerungen zu ziehen und die aktive Lohn- und Gehaltspolitik im Kampf gegen die Unternehmer durchzusetzen.

In vielen Betrieben, Delegiertenkonferenzen und örtlichen Vorständen sind bereits konkrete Forderungen angemeldet worden. Beispielsweise verlangte eine Kommission der Stahlarbeiter die Ortsverwaltung Dortmund der IG Metall Lohnerhöhungen von 15 Prozent für die Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie. Diese Forderung entspricht durchaus den Normen einer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik. Damit wäre es möglich, eine Reallohnverbesserung zu erreichen und die Massenkraft auszuweiten. Angesichts der noch herrschenden Hochkonjunktur der Wirtschaft, in der vor allem das Großkapital riesige Profite realisieren konnte, die alle bisherigen Profitexplosionen in den Schatten stellten, sind die Unternehmer durchaus in der Lage, 15 Prozent mehr Lohn auf die Effektivverdienste zu zahlen.

Die enormen Preisssteigerungen von 3,1 Prozent in den ersten sieben Monaten dieses Jahres haben die sauer verdiente Mark beachtlich entwertet. Aber diese Preiserhöhungen werden nach den Auffassungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften nur eine Ouvertüre gegenüber der Preislawine sein, die für die Zeit nach den Bundestagswahlen angekündigt ist. Trotz Besänftigung durch die Unternehmerpresse ist mit Preisssteigerungen von 5 und mehr Prozent Lohnerhöhungen um 15 Prozent erfordert auch die weiter gestiegene Arbeitsintensität. Bekanntlich ist das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde im ersten Halbjahr 1969 um fast zehn Prozent gestiegen. Diese Mehrleistung ist für die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten mit einer erhöhten Nervenanspannung verbunden. Hinzu kommt, daß sich diese gesundheitliche Überbeanspruchung der Arbeiter und Angestellten durch unzählige Über-

stunden noch vergrößert. Bei einer entsprechenden Reallohnnerhöhung wird der Zwang zu Überstunden für die Erhaltung und Verbesserung des Lebensstandards nicht mehr so groß sein.

Schließlich liegt eine 15prozentige Tariflohnnerhöhung auch im Interesse der Sicherheit der Arbeitsplätze. Das jetzt schon zu beobachtende Abflauen der Hochkonjunktur schlägt um so eher in eine neue Überproduktionskrise um, wie es nicht gelingt, durch Ausweitung der Massenkraft den wachsenden Widerspruch zwischen ausgeweiteter Produktion und beschränktem Binnenmarkt einzudämmen. Entsprechende Lohnerhöhungen helfen mit, das weitere Wirtschaftswachstum zu sichern und einer erneut anschwellenden Massenarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Wenn auch durch Lohnerhöhungen eine Wirtschaftskrise nicht verhindert werden kann — dazu sind tiefgreifende gesellschaftliche Umwandlungen erforderlich — können sie jedoch die Tiefe einer Krise abmildern.

Die Fixierung der Lohnforderungen ist die eine Seite. Ebenso wichtig ist die Mobilisierung der Millionen Gewerkschafter für die Durchsetzung der Forderungen. Besonders in dieser Frage wird es notwendig sein, aus der negativen Praxis der bisherigen Tarifbewegungen Schlüssefolgerungen zu ziehen.

Der Vorstand der IG Metall hat in der letzten Tarifbewegung auf eine Einbeziehung der Mitgliedschaft in die Auseinandersetzung mit den Unternehmern verzichtet und sich ausschließlich auf zentrale Spitzengespräche eingelassen. Bei einer derartigen Handlungsweise werden die Gewerkschafter immer den kürzeren ziehen. Lohnfragen sind und bleiben in der kapitalistischen Klassen gesellschaft Machtfragen. Wenn die Arbeiter und Angestellten notfalls auch zum Streik entschlossen sind, werden die Unternehmer größere Zugeständnisse machen und die Forderungen erfüllen.

Als erster Schritt zu der notwendigen Aktivierung sollte mit der Aufklärung der Mitgliedschaft und aller Arbeiter und Angestellten des jeweiligen Wirtschaftsbereiches begonnen werden. Mit Flugblättern, Versammlungen und gewerkschaftlichen Konferenzen gilt es die Profitexplosion, die Preislawine so-

wie die Leistungssteigerung der Arbeitnehmer sichtbar zu machen, um darauf fußend die Höhe der Forderungen von unten nach oben zu entwickeln. Die auf diese demokratische Art ermittelten Forderungen sind für einen Lohnkampf entscheidend, nicht irgendwelche Orientierungsdaten im Rahmen einer zweifelhaften konzentrierten Aktion.

Verhandlungen mit der Unternehmerseite werden um so erfolgreicher sein, wie durch Kundgebungen und andere Kampfactionen bis hin zu Warnstreiks die Kampfentschlossenheit der Arbeiter und Angestellten sichtbar gemacht wird. Die Praxis früherer Jahre hat gezeigt, daß die Unternehmer oft schon

IG Metall hat wieder über zwei Millionen Mitglieder

Auf 2 038 255 ist die Mitgliederzahl der IG Metall im 1. Halbjahr 1969 angestiegen wie die Gewerkschaft jetzt bekannt gab. Damit hat sich der Mitgliederzuwachs, der seit Ende 1968 zu beobachten ist, weiter verstärkt. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1968 zählt die IG Metall 134 468 Mitglieder mehr. Im ersten Halbjahr 1969 sind der Gewerkschaft insgesamt 145 129 neue Mitglieder beigetreten. Wie schon vor drei Jahren einmal, hat die IG Metall wieder die Zwei-Millionen-Marke überschritten.

von einer Urabstimmung sehr beeindruckt und zu Zugeständnissen bereit waren. Auf diese Weise wird zweifellos auch die Anziehungskraft der Gewerkschaften gestärkt. Durch eine Konfrontation mit den Unternehmern wächst auch das gewerkschaftliche Bewußtsein, und es wird der Boden bereitet, die weitergehenden gewerkschaftlichen Forderungen wie die Ausweitung der Mitbestimmung oder die Bekämpfung der neonazistischen Gefahr mit mehr Erfolg voranzubringen. Werden alle diese Erfahrungen bei den bevorstehenden Lohnkämpfen berücksichtigt und aus den unbefriedigenden Ergebnissen die richtigen Schlüssefolgerungen gezogen, dann könnten zumindest die letzten Monate des Jahres 1969 noch einen Hauch von dem versprochenen „Jahr der Löhne“ verspüren lassen.

Dr. Werner Petschick

IG Metall nutzte die Chancen nicht

Kritik an Form und Ergebnissen der Verhandlungen Starke Position nur durch Mobilisierung der Mitglieder

Der Tarifabschluß vom 2. August 1969 in der metallverarbeitenden Industrie (vgl. NACHRICHTEN Nr. 8/69) hat in der Öffentlichkeit ein sehr geteiltes Echo ausgelöst. Während die Sprecher von Regierung und Unternehmerverbänden sowie deren Publikationsorgane des Lobes voll sind, ist es in Gewerkschaftskreisen und insbesondere in der IG Metall selbst zu teilweise heftigen Unmutsreaktionen gekommen. Kritisiert werden vor allem das geringe materielle Ergebnis der Tarifrunde und die selbstherrliche Art und Weise der Verhandlungsführung des Vorstandes der IG Metall. Diese Kritik der Mitglieder und Funktionäre ist ohne Zweifel berechtigt und verdient, ebenso wie die Verhandlungsergebnisse, eine nähere Betrachtung.

Zunächst einmal stimmt erfahrene Gewerkschafter das ungewöhnliche Lob aus Unternehmerkreisen, das Otto Brenner wegen seiner tarifpolitischen „Vernunft“ zuteil wurde, nachdenklich. So stellte das Unternehmerorgan „Der Volkswirt“ am 8. August fest, das persönliche Fazit für Otto Brenner nach dem Tarifabschluß sei „viel Lob von allen Seiten“. Das materielle Ergebnis sei „maßvoll“ und gebe jenen recht, „die den ‚Klassenkämpfer‘ Brenner einen realistischen Gewerkschaftskurs verfolgen sehen“. (Für Gewerkschafter ist natürlich noch lange nicht „realistisch“, was die Unternehmer dafür halten.)

Auch Brenners Gesprächspartner bei den Frankfurter Verhandlungen, der stellvertretende Vorsitzende des Gesamtverbandes metallindustrieller Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall), Horst Knapp, wertet im „Unternehmerbrief“ des Deutschen Industrieinstituts vom 14. August das Ergebnis als einen Erfolg für die Unternehmer. Es sei ein Kompromiß der „Vernunft“, der „den Unternehmen bis zum 30. September 1970 Tarifruhe und feste Kalkulationsdaten im Bereich der Löhne und Gehälter“ sichere. Knapp äußerte sich „besonders hoffnungsvoll“ über den in der IG Metall in den letzten drei Jahren erkennbaren Trend.

Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dr. Kirchner, stellte im „Arbeitgeber“ vom 22. August fest, daß diese Tarifauseinandersetzung kaum noch den Lohnkämpfen vergangener Jahre ähnlich sei. Der „Industriekurier“ (5. 8. 69) entdeckt einen „Stilwandel“ im Umgang der Spitzenrepräsentanten.

Schließlich sei noch die „Frankfurter Allgemeine“ vom 4. August zitiert, die das Verhandlungsergebnis als „respektabel“ ansieht und meint, daß die IG Metall „vor allem in der Person ihres Vorsitzenden Brenner in den letzten Jahren gelegentlich Besinnung im Hinblick auf die Ordnungsaufgaben gezeigt und damit den Arbeitgebern ein Entgegenkommen im neuen Tarifvertrag sicher erleichtert“ habe.

„zent“ keine Einzelerscheinungen seien. Wenn nicht alles täusche, werden im laufenden Jahr die Gewinne noch weiter steigen.

Die Arbeiter und Angestellten können hingegen nicht auf eine solche Glücksbilanz verweisen. Das Nettoeinkommen je Arbeitnehmer ist im Jahre 1968 gegenüber 1967 um weniger als 5 Prozent gestiegen, während das Nettoeinkommen aus privater Unternehmertätigkeit und privatem Vermögen pro Kopf der Selbstständigen um über 23 Prozent zunahm. Wie das Hamburger Welt-Wirtschafts-Archiv bestätigte, hat sich dieser Prozeß 1969 weiter fortgesetzt. (Blick durch die Wirtschaft, Nr. 191 vom 20. August 1969.) Die objektiven Möglichkeiten, den Unternehmern die Rechnung für die Krise, für den Nachholbedarf der Arbeitnehmer und auch für die künftigen Profitsteigerungen jetzt zu präsentieren und sie zur Zahlung zu zwingen, waren also außerordentlich günstig und sind es noch. Aber solche Möglichkeiten bestehen nicht ewig. Schon kündigt sich ein langsameres Wirtschaftswachstum an und es ist unschwer vorauszusagen, daß sich die IG Metall beim Auslaufen des Lohntarifvertrages im Herbst nächsten Jahres weitaus ungünstigeren Bedingungen gegenübersehen wird.

Ein Faktor ist auch, daß in Perioden vor Bundestagswahlen zusätzliche Chancen für die Gewerkschaften bestehen, Unternehmern und Regierung Zugeständnisse abzuringen. Wenn der Vorstand der IG Metall und Otto Brenner nicht bereit waren, die Situation zu nutzen, so liegt das vor allem daran, daß sie sich in der Lohn- und Einkommenspolitik auf die Position der konzentrierten Aktion begeben und auf eine eigenständige gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik verzichtet haben. Das schließt zwangsläufig eine aktive Lohnpolitik aus. Diese bedeutet ja nicht schlechthin, irgendwelche Lohn erhöhungen durchzusetzen, sondern — da Lohnpolitik unter kapitalistischen Bedingungen Machtpolitik ist — solche Steigerungsraten, die unter den gegebenen Verhältnissen bei voller Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten möglich sind.

Die Mitglieder waren ausgeschaltet

Gerade auf diese Mobilisierung hat die IG Metall verzichtet und damit objektiv in der Lohnauseinandersetzung ihre Position geschwächt. Auf der Beiratstagung der IG Metall am 7. August wurde darum besonders kritisiert, daß die Tarifbewegung ohne die aktive Einschaltung der Mitglieder durchgeführt wurde und daß notwendigerweise, wenn diese nur die Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen brauchen, deren Aktivität erlahmen müsse. Aus der Lohnbewegung waren aber nicht nur die Mitglieder ausgeschaltet, nicht nur die betrieblichen Funktionäre, sondern

Kritik aus den eigenen Reihen

Wenn aber die Unternehmer gewerkschaftliches Verhalten derart loben, dann kann, so lehrt die Erfahrung, daran einiges nicht in Ordnung sein. Es ist darum folgerichtig, daß in den bezirklichen Tarifkommissionen weitau mehr als 100 Mitglieder den Tarifvertrag ablehnten und sich die Tarifkommissionen Baden-Württembergs mit großer Mehrheit gegen das Abkommen aussprachen. Auch aus der Vorstandsvorwahl der IG Metall wurde an dem Abkommen heftige Kritik geübt. Unter dem Pseudonym Heinz Keller schrieben mehrere Mitarbeiter der IG Metall in „express international“ (Nr. 79 vom 22. 8. 1969), daß die IG Metall mit diesem Tarifabschluß bewiesen habe, daß sie eine systemstabilisierende Politik treibe. Der Vorstand habe sich nicht nur in dem von der Konzentrierten Aktion abgesteckten Rahmen bewegt, er habe vor allem dafür gesorgt, daß es im Wahljahr zu keinen Auseinandersetzungen komme, um den Parteien der Großen Koalition das Wählerpotential nicht zu verunsichern.

Ein Lohnergebnis kann nicht eingeschätzt werden, ohne die wirtschaftliche und politische Lage zu untersuchen, in der es zustande kam. Es dürfte urbestreitbar sein, daß es seit Jahren kaum einen günstigeren Zeitpunkt gab, um Lohn erhöhungen und andere gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen. Am 22. 7. 1969 hatte „Metall“ festgestellt, daß die westdeutsche Konjunktur beginne überzuschäumen. Der Arbeitsmarkt näherte sich dem Zustand äußerster Anspannung. Unter diesen Umständen sei es nur eine Frage der Zeit, wann sich das allgemeine Preisniveau stärker als bisher nach oben in Bewegung setze. Nach den Wahlen sei „mit einem Dammbruch“ zu rechnen.

In der Tat: noch niemals zuvor erzielten die westdeutschen Unternehmer mehr Profite als gegenwärtig. Das „Handelsblatt“ schwärmt von einem „Bilanzjahr mit Superlativen“ (Nr. 168 vom 22./23. 8. 1969), in dem „Gewinnsteigerungen von 30, 40 und mehr Pro-

auch die bezirklichen Tarifkommissionen und selbst in einem erheblichen Umfang die zentrale Verhandlungskommission. Oft wurde nur unter „acht Augen“ verhandelt.

Den Metallindustriellen erschien „der neue Verhandlungsstil“ hinter verschlossenen Türen als ein „guter Weg“. Das Ausschalten der Mitglieder hat aber nicht nur negative Auswirkungen auf das materielle Ergebnis von Tarifverhandlungen, sondern auch für die Entwicklung des Bewußtseins. Niemals darf außer Acht gelassen werden, daß die Gewerkschaften nur dann an Einfluß gewinnen und ihre Anziehungs Kraft erhöhen können, wenn am Ende einer Lohnbewegung oder anderer gewerkschaftlicher Kämpfe auch das gewerkschaftliche Bewußtsein und der Organisationsgrad gewachsen sind.

Zu geringer Lohnabschluß

Zu Beginn der Lohngespräche brachte die IG Metall eine 12prozentige Lohn erhöhung in die Diskussion. Die Unternehmer boten 5 Prozent, zuzüglich 2 Prozent Investivlohn, der zwangsgespart werden sollte. Heraus kamen acht Prozent. Diese sind dem Ausgangsangebot der Unternehmer näher als der Ausgangsforderung der Gewerkschaft. Dr. Kirchner von Gesamtmetall sieht das als Beweis dafür an, „daß sich die Arbeitgeberseite diesmal nicht auf den berüchtigten ‚levantinischen Teppich handel‘ eingelassen hat“.

Auf das Jahr 1969 umgerechnet erhalten die Metallarbeiter unter Berücksichtigung des vorletzten Lohnabkommens, das am 1. Januar eine 3prozentige Lohnerhöhung brachte, lediglich eine Aufbesserung von 5,7 Prozent, die in erheblichem Umfang durch die Preissteigerungen aufgesogen wird.

Samstag-Nichtanrechnung in Stufen

Die IG Metall forderte die sofortige Nichtanrechnung des Samstags als Urlaubstag, eine zusätzliche Urlaubsvergütung und die Verbesserung von regionalen Urlaubsabkommen. Die Unternehmer boten einen auf vier Jahre berechneten Stufenplan. Heraus kam ein Dreistufenplan, der bis 1972 eine dreibis viertägige Verlängerung des Urlaubs bringt. Das ist auf den ersten Blick zweifellos kein schlechtes Ergebnis. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß vor allem in Hinblick auf das Jahr 1970 in einigen Tarifbezirken und vor allem in zahlreichen Betrieben bereits bessere Regelungen existieren. Weiterhin wurde bis 1974 auf besondere Zuschläge für Samtagsarbeit verzichtet und auch während der Vertragsdauer die zusätzliche Urlaubsvergütung von 30 Prozent nicht verändert. Zu berücksichtigen ist auch noch, daß

Forderungen und Ergebnisse

Zu Beginn der Tarifbewegung hatte die IG Metall folgende Forderungen gestellt:

- Erhöhung der Löhne und Gehälter um 12 Prozent;
- Nichtanrechnung des arbeitsfreien Samstag auf den Urlaub;
- Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes;
- Kündigungsschutz für gewerkschaftliche Vertrauensleute und Freistellung von der Arbeit für die Dauer der notwendigen gewerkschaftlichen Tätigkeit;
- Bildungsurwahl von zwei Wochen. Die Ergebnisse der Tarifrunde blieben jedoch weit hinter diesen Forderungen zurück:
- Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8 Prozent;

■ Nichtanrechnung des arbeitsfreien Samstags auf den Urlaub erst ab 1970 in Etappen bis 1972;

■ das zusätzliche Urlaubsgeld bleibt bis 1973 unverändert; Lehrlinge erhalten ab 1970 ein zusätzliches Urlaubsgeld in Höhe von 30 Prozent ihrer Ausbildungsbeihilfe;

■ Vereinbarung eines „Benachteiligungsverbotes“ für gewerkschaftliche Vertrauensleute; Bekanntgabe der Namen von Vertrauensleuten an die Betriebsleitung;

■ Ausdehnung des besonderen Kündigungsschutzes auf Jugendvertreter;

■ der Bildungsurwahl wird noch nicht eingeführt; eine paritätische Kommission prüft bis 31. 9. 1970 die Voraussetzungen dafür.

.....

die eintägige Urlaubsverlängerung 1970 den Unternehmern nichts kosten dürfte, da aller Wahrscheinlichkeit nach der 17. Juni als arbeitsfreier Feiertag abgeschafft wird. Das Ergebnis des Urlaubsabkommens rechtfertigt daher unter keinen Umständen eine vierjährige Laufzeit und ein so weitgehendes Nachgeben in der Lohnfrage.

Die IG Metall forderte ferner für fünf Prozent ihrer Mitglieder einen zusätzlichen Kündigungsschutz (gleich den Betriebsräten) und ihre Freistellung während der Arbeitszeit unter Weiterzahlung des Lohnes, damit sie ihre gewerkschaftlichen Aufgaben besser erfüllen können. Heraus kam, daß die IG Metall dem Unternehmer die Vertrauensleute bekanntgeben muß, denen aus dieser Eigenschaft und Tätigkeit keine Nachteile erwachsen dürfen. Allerdings: „Ihre Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis bleiben hiervon unberührt“, d. h. sie müssen ihre Tätigkeit außerhalb der Arbeitszeit ausüben.

Auch hier ist festzustellen, daß die gewerkschaftliche Ausgangsforderung nicht im entferntesten erreicht wurde. Die Regelung, die jetzt getroffen wurde, ist schon deshalb nicht sensationell, da — wie Olaf Radke von der Vorstandsverwaltung bemerkte — der Schutz gewerkschaftlicher Mitglieder und Funktionäre im Prinzip schon im Art. 9 Abs. 3 GG enthalten ist, der Maßnahmen für rechtswidrig erklärt, die die Koalitionsfreiheit und damit auch die gewerkschaftliche Betätigung einschränken. Der Bezirksleiter der IG Metall in Bayern, Essl, stellte fest, daß

es dort bereits seit zwölf Jahren eine bessere Regelung gibt.

Völlig indiskutabel ist schließlich die Laufdauer dieses Abkommens bis zum 31. 12. 1974.

„Partnerschaft“ zurückweisen!

So unvollkommen dieses Abkommen auch ist, sollte es dennoch genutzt werden, um die gewerkschaftlichen Positionen in den Metallbetrieben zu stärken. Das wird aber nur möglich sein, wenn die Hoffnungen der Unternehmer gründlich durchkreuzt werden, die — wie „Der Volkswirt“ — darauf drängen, daß die IG Metall die Unternehmensstruktur und die Unternehmerfunktion voll anerkennt. Sie meinen, daß mit dem neuen Abkommen lediglich eine „sachgerechte“ und „maßvoll“ ausgeübte, d. h. eine sozialpartnerschaftlich orientierte Gewerkschaftsarbeit gedeckt sei.

Bei einer Gesamtbeurteilung dieses Abkommens ist festzustellen, daß sein materieller Inhalt ungenügend und daher unbefriedigend ist und weit hinter dem objektiv Erreichbaren zurückbleibt. Wir können bei Prüfung aller Bestandteile dieses Abkommens der Bewertung Otto Brenners nicht folgen, der von einem beachtlichen gewerkschaftspolitischen Erfolg sprach. Mit diesem Tarifabkommen wurde in der IG Metall der Weg der Annäherung an die Politik der Führung der SPD und vor allem der Unterordnung unter deren Wirtschaftspolitik, fortgesetzt.

Dr. Heinz Schäfer

IG Druck will besseren Schutzvertrag

Nachdem die IG Druck und Papier kürzlich den Rationalisierungsschutzvertrag für die Beschäftigten des graphischen Gewerbes gekündigt hat, ihre Forderungen für einen neuen und besseren Vertrag stellte sowie Verhandlungen darüber verlangte, ist der Unternehmerverband Druck mit „schwerem Geschütz“ dagegen aufgefahren. Die Gewerkschaft fordert u. a. die Ausdehnung der Schutzmaßnahmen gegen Bezeichnung infolge Rationalisierung auf alle Beschäftigten vom 30. Lebensjahr an. Die Änderungen von Arbeitstechniken, Arbeits- und Produktionsabläufen und organisatorische Maßnahmen, die auf Rationalisierung hinauslaufen, sollen künftig in die Schutzbestimmungen einbezogen werden. Insbesondere müssen die Betriebsräte in allen diesen Fragen mitbestimmen.

Der Bundesverband Druck lehnte die Gewerkschaftsforderungen als „maßlos“ ab und wertete sie als „Mitbestimmung durch die Hintertür“, die besonders heftig zurückgewiesen wird. Ein sehr dürftiges Argument gegen den Abschluß eines besseren Rationalisierungsschutzvertrages ist die Behauptung, bei der heutigen Konjunkturlage

sei ein solcher Schutzvertrag „praktisch ohne jede Auswirkung“. Arbeitnehmer, die bei der heutigen „überhitzten“ Lage auf dem Arbeitsmarkt trotzdem durch Rationalisierung freigesetzt würden, bekämen sofort wieder andere und zum Teil auch besser bezahlte Arbeitsplätze. Jetzt die Ausdehnung des Rationalisierungsschutzes zu fordern, sei völlig sinnlos.

Die Unternehmervereinigung der graphischen Industrie stellt sich auf diese Weise offensichtlich bewußt dumm. Als ob die gegenwärtige Konjunktur für alle Ewigkeit bestehen bleibt! Schon wird bereits wieder von ersten Auftragsrückgängen in verschiedenen Branchen gesprochen. Es ist klar, daß die nächste Krise bestimmt kommt. Aber auch in Konjunkturzeiten wollen die Beschäftigten der graphischen Industrie sozial gesichert sein. Bei dem zur Schau gestellten Starrsinn der graphischen Unternehmer wird die IG Druck und Papier noch viel Energie und Aktivität entwickeln müssen, um bis zum 31. Dezember 1969, dem letzten Gültigkeitstag des geltenden Rationalisierungsschutzabkommens, einen besseren Vertrag durchzusetzen. K.

Auch IG Chemie erreichte

Nichtanrechnung des Samstags

Noch vor der IG Metall hat die IG Chemie-Papier-Keramik für die Beschäftigten der Feuerfest-Industrie in Hessen die Nichtanrechnung des Samstags als Urlaubstag durchgesetzt. Diese Vereinbarung ist in einem bereits Anfang Juli abgeschlossenen Rahmen tarifvertrag enthalten, wie jetzt bekannt wurde. Allerdings hat sich die Gewerkschaft darauf eingelassen, für die faktische Verlängerung des Urlaubs durch Fortfall der Samstaganrechnung die Zahl der tariflichen Urlaubstage um einen zu kürzen. Das bringt die neue Urlaubsstaffelung mit sich. Die Nichtanrechnung des Samstags auf den Urlaub gilt bereits rückwirkend ab Januar 1969.

Tarifbewegung

in der Papiererzeugung

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat im August in den meisten Tarifbezirken der papiererzeugenden Industrie neue Lohn- und Gehaltstarifverträge abgeschlossen und die Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich ab 1970 durchgesetzt. Die Erhöhung der Löhne beträgt 8,3 Prozent und der Gehälter

Teilnahme an gewerkschaftlichen Schulungen über Fragen der Betriebsverfassung und Arbeitsstudien. Die Laufzeit des Manteltarifvertrages geht von Oktober 1969 bis 31. Dezember 1972.

Freizeitunfall-Versicherung für IG-Bau-Gewerkschafter

Nach der IG Metall hat auch die IG Bau-Steine-Erden, wie deren Hauptvorstand Mitte August mitteilte, für die Mitglieder der Gewerkschaft mit der „Volksfürsorge Deutsche Sachversicherung“ eine sogenannte Freizeitunfall-Versicherung abgeschlossen. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf alle Unfälle, die nicht als Arbeitsunfälle von der gesetzlichen Unfallversicherung erfaßt werden. Der Versicherungsschutz beginnt am 1. Januar 1969. Folgende Leistungen wurden vereinbart, für die mindestens ein Jahr Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Voraussetzung ist:

■ Ein Krankenhausgeld bis zum 30-fachen des jeweiligen Monatsbeitrages bei einem täglichen Höchstsatz von 60 DM.

■ Eine Invaliditätsentschädigung in Höhe des 420fachen Monatsbeitrages.

■ Eine Todesfallentschädigung an die Hinterbliebenen in Höhe des 140fachen Monatsbeitrages.

Geringe Lohnerhöhungen

in der Ernährungsindustrie

8 Prozent, mindestens jedoch 60 DM. Diese Vereinbarung gilt ab 1. September 1969. In den Tarifgebieten Pfalz/Rheinhessen und Düren sind die Tarifverträge erst zum 30. November 1969 bzw. 30. April 1970 kündbar.

Schlichtungsvorschlag in der Holzindustrie

In Schlichtungsverhandlungen über einen neuen Mantelvertrag für die 200 000 Arbeiter der Holzindustrie und des holzverarbeitenden Handwerks in Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen wurde Anfang September ein Einigungsvorschlag erarbeitet, der folgende Regelungen empfiehlt:

Unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien über ein Rationalisierungsschutzabkommen; Einleitung eines Schlichtungsverfahrens darüber, wenn bis 30. September 1970 keine Einigung zustande kommt. Stufenweiser Abbau des arbeitsfreien Samstags als Urlaubstag im Zeitraum von 1970 bis 1972. Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes von 8 auf 12 DM für die Jahre 1970 bis 1972, Erhöhung auf 13 DM ab 1973. Bildungsurlaub für ein bis zwei Vertreter des Betriebsrates (je nach Größe des Betriebes) von zwei Wochen Dauer und unter Fortzahlung der Bezüge zwecks

Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen nur 5,5 und 7 Prozent bei Laufzeiten von zwölf Monaten wurden in den letzten Wochen in verschiedenen Branchen der Ernährungsindustrie der Bundesrepublik zwischen der Gewerkschaft NGG und den zuständigen Unternehmerverbänden vereinbart. Das sind angesichts der steilen Gewinnentwicklung und des Preisauftriebs völlig unzureichende Ergebnisse. Über die Lohn- und Gehaltserhöhungen hinaus konnte die Gewerkschaft in mehreren Tarifbezirken der Ernährungsindustrie die Urlaubsdauer verlängern, ein zusätzliches Urlaubsgeld bzw. dessen Erhöhung durchsetzen. Allerdings wurde die wöchentliche Arbeitszeit, die oft noch 43 Stunden beträgt, auch in dieser Tarifrunde nicht verringert.

In zahlreichen Tarifgebieten der fachlich und regional stark aufgegliederten und differenzierten Ernährungsindustrie stehen für die nächsten Wochen und Monate weitere Verhandlungen über Lohn-, Gehalts- und Manteltarifverträge bevor.

Mieterhöhungen steigern die Lebenshaltungskosten „Stabile Preise“ — nur ein leeres Versprechen

Eines der unerfüllten Wahlversprechen von CDU/CSU und SPD aus dem Jahre 1965, mit dem damals auf die berechtigte Sorge breiter Bevölkerungsschichten spekuliert wurde, lautete: Preisstabilität. Und auch gegenwärtig gehen wieder die Bonner Wahlstrategen mit einer Unverfrorenheit, die ihresgleichen sucht, mit dem Wahlslogan von den stabilen Preisen hausieren, obwohl sich die Bundesrepublik als Folge des Versagens der Großen Koalition inmitten einer neuen nachhaltigen Teuerungswelle befindet.

Wenn heute bereits für die Zeit nach der Bundestagswahl mit erneuten Preissteigerungen von mindestens fünf Prozent gerechnet werden muß, was sich besonders hart auf die Arbeitnehmer- und Rentnereinkommen auswirken wird, so sollte man sich gerade vor dem 28. September noch einmal daran erinnern, daß die Verteuerung der Lebenshaltungskosten entscheidend auf die Mietpreisentwicklung zurückzuführen ist. Durch das von Bonn geschaffene sogenannte soziale Miet- und Wohnrecht wurden auch die Wohnungen den Profitgesetzen der freien Marktwirtschaft im Rahmen der westdeutschen Unternehmensordnung unterworfen. Die Folge: Allein in der Zeit von 1960 bis 1968 stiegen die Wohnungsmieten um insgesamt 58,1 Prozent. Das bedeutet eine Mietpreisseigerung von über 6 Prozent pro Jahr.

Nach den Berechnungen des Bonner Städtebauinstituts von Anfang Juni 1969 muß für dieses Jahr mit Mietpreisseigerungen von mindestens 8,6 bis 9,5 Prozent gerechnet werden. Selbst diese alarmierende Prognose dürfte inzwischen überholt sein. Durch die Anhebung des Zinses für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist von 3,5 auf 4 Prozent droht für den gesamten öffentlich geförderten Sozialwohnungsbau eine Mietpreiserhöhung von 10 bis 17 Pfennig je Quadratmeter. Aber nicht genug damit! Darüber hinaus erwartet das Münchener Ifo-Institut für alle Bereiche des Bauhauptgewerbes einen „unvermindert starken Anstieg der Preise“. Auch die Bauwirtschaft kündigte inzwischen neue Preis erhöhungen an, nachdem der Preisindex für Wohngebäude von Februar bis Mai 1969 bereits um zwei Prozent anstieg.

Mögen sich Regierungsparteien, Unternehmer und bestimmte Presseorgane auch drehen und wenden, für die forcierten Mietpreiserhöhungen können sie die Bauarbeiterlöhne nicht verantwortlich machen. Denn die Führung der IG Bau, Steine, Erden beschrankte sich für 1969 auf eine Tarifloherhöhung von 6,5 Prozent, obwohl selbst Bundeswirtschaftsminister Schiller Lohn- und Gehaltserhöhungen von 10 Prozent für wirtschaftlich durchaus tragbar bezahnt hat. Wobei noch hinzukommt, daß die Mehrkosten für den ab 1. April gültigen Tarifvertrag durch weitere Rationalisierungsfortschritte in der

Bauwirtschaft ausgeglichen werden könnten, so daß den Bauunternehmern letztlich keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Worin liegen nun die Ursachen für die anhaltenden Mietpreiserhöhungen?

1. In der Bonner Wohnungspolitik schlechthin, durch die Millionen Wohnungen zu einer munter sprudelnden Profitquelle für die Besitzenden geworden sind;
2. in der Finanzpolitik der Regierung der Großen Koalition, die auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung politisch bedingten Mietpreiserhöhungen Tür und Tor geöffnet hat;
3. in dem Versagen von CDU, CSU und SPD-Führung, die schwelenden Währungsprobleme im Interesse des gesamten Volkes zu lösen, wodurch jetzt z. B. ein weiteres Ansteigen der Zinsen für Wohnungsbau-Hypotheken bevorsteht;
4. in der üppig wachsenden Grundstücksspekulation, gegen die Bonn bisher keine gesetzlichen Maßnahmen eingeleitet hat, und
5. in der Preispolitik der Unternehmer — angefangen von der Bauwirtschaft bis hin zur Stahlindustrie —, die alle an der Hochkonjunktur ihr eigenes Profi süppchen kochen.

An diese Fakten und nicht an irgendwelche leeren Wahlversprechen aus der Bonner Propagandakiste sollten die Millionen Mieter denken, wenn sie in wenigen Tagen ihre Stimmzettel in die Wahlurnen werfen.

Stetige Aufwärtsentwicklung bei den Preisen

In einem Schreiben an Bundeskanzler Kiesinger äußerte das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Georg Neemann seine Verwunderung über die kürzliche Behauptung Kiesingers, statt Preissteigerungen sehe er vielmehr eine sinkende Tendenz. Neemann stellt fest, daß schon im März dieses Jahres die Lebenshaltungskosten für den Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt um 2,1 Prozent über dem Vorjahrsdurchschnitt lagen.

Vier Fünftel der Verteuerung seien auf staatliche Maßnahmen zurückzuführen gewesen. Nach Ablauf des ersten Halbjahres 1969 habe der Preisindex der Lebenshaltung schon um 3,1 Prozent über Vorjahrsniveau gelegen.

Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, war im August 1969 mit Vorstandskollegen und zwei Betriebsräten in der Sowjetunion. Sie waren die ersten, die seit dem 21. August 1968 als DGB-Funktionäre offiziell die Sowjetunion besuchten. Ihnen werden bald andere folgen. Darunter auch der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter. Im November dieses Jahres will er der Einladung des Zentralkomitees der sowjetischen Gewerkschaften folgen und an die Moskwa reisen. Damit sind die vom DGB vor einem Jahr eingefrorenen Ostkontakte wieder von Tauwetter erfaßt.

Vetter hat den sowjetischen Botschafter Zarapkin kürzlich in Düsseldorf zu einem Gespräch empfangen. Es ging um die Vorbereitung der Moskaureise. Die IG Druck und Papier erwartet im kommenden Frühjahr sowjetischen Gegenbesuch. Sie hat ihre Führer auch nach Bukarest, Budapest und Prag ausgestreckt. Andere DGB-Gewerkschaften bemühen sich ebenfalls wieder um Beziehungen zu Gewerkschaften in sozialistischen Ländern. Teils sind schon Reisen erfolgt, teils auch schon Besucher empfangen worden.

Aber noch immer machen DGB-Reisende einen großen Bogen um die DDR. Für deutsche Gewerkschafter ist das ein unerträglicher Zustand. Mahlein sagte nach seiner Moskaureise, als er danach gefragt wurde, er halte Beziehungen zum FDGB der DDR für denkbar. Der Standpunkt der IG Druck in dieser Frage sei bekannt. Sie sei für Kontakte, und der DGB-Bundeskongress habe einen entsprechenden Antrag der IG Druck mit Mehrheit angenommen.

Heinz O. Vetter jedoch scheint in dieser Frage ein Mann einsamer Entschlüsse zu sein. Laut „Welt der Arbeit“ vom 15. 8. 1969 vertritt er die Auffassung, daß „zunächst die Bundesregierung und die politischen Parteien den Vortritt in der politischen Entwicklung gegenüber der DDR behalten“ müßten. Das ist ein Standpunkt, den Gewerkschafter nicht akzeptieren können. Der Bundesregierung den Vortritt lassen, hieße die Nichtanerkennungspolitik Bonns nicht nur zu tolerieren, sondern zu unterstützen. Das wären Steigbügelhalterdienste für die Reaktion.

Wo kämen die Gewerkschaften in der Bundesrepublik hin, wenn sie darauf verzichteten, das Vernünftige zu tun, weil es die Regierung nicht wünscht. Die politischen Repräsentanten des Kapitalismus wollen den deutschen Antikommunismus als Opium für Volk nicht missen. Die Gewerkschaften können nicht dasselbe Ziel haben. Es gilt vielmehr durch Kontaktaufnahme zu den DDR-Gewerkschaften einen Beitrag zu Verständigung und Friedenssicherung in Europa zu leisten.

G.S.

Gewerkschaftstag im Wahlmonat

IG Chemie-Papier-Keramik formulierte ihren Standpunkt Kritische Grundhaltung auf dem 8. Gewerkschaftstag

Mit der Aufforderung an den DGB-Bundesvorstand, das diesbezügliche Angebot der osteuropäischen Gewerkschaftsbünde — einschließlich des FDGB — anzunehmen und zu einer gemeinsamen Beratung über die Sicherung des Friedens in Europa und der Welt zusammenzukommen, hat der 8. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik einen bemerkenswerten Beitrag zu einer Politik der Friedenssicherung geleistet. Der Gewerkschaftstag fand in der Zeit vom 31. August bis 6. September 1969 in Wiesbaden statt, also unmittelbar vor den Bundestagswahlen. So war es nicht immer zu vermeiden, daß einige Politiker und Delegierte den Kongreßsaal als Wahlkampftribüne zu benutzen suchten, und daher kam es auch, daß die im allgemeinen progressiven Aussagen des Gewerkschaftstages in manchen Fragen von schonender Rücksichtnahme auf die sozialdemokratische Parteiführung verdunkelt und abgeschwächt wurden.

Es erwies sich, daß die Formulierung einer fortschrittlichen Gewerkschaftspolitik und des gewerkschaftlichen Standpunktes zur allgemeinen Politik nur mit kritischem Stoß gegen die CDU/CSU und ihren sozialdemokratischen Koalitionspartner möglich ist. Und immer, wenn aus wahlaktischen Erwägungen die SPD, der viele Funktionäre personell und politisch verbunden sind, geschont werden sollte, litt zwangsläufig die Profilierung der unabhängigen gewerkschaftlichen Position. So etwa bei der Erörterung des Antrags 53, der von der Antragsberatungskommission zur Ablehnung empfohlen wurde. Der auf der 8. zentralen Jugendkonferenz beschlossene Antrag fordert den Streik auch als Mittel zur Durchsetzung gesellschaftspolitischer Forderungen (wie z. B. die Mitbestimmung). Er verfiel aber offenkundig der Ablehnung — mit 171 von 335 Stimmen —, weil auch die SPD kritisiert wurde: „CDU/CSU und SPD als Volksparteien können nicht zu reinen Interessenvertretern der Arbeitnehmer werden, da sie auf Minoritäten Rücksicht nehmen.“

Dadurch geriet die knappe Mehrheit der Delegierten in den Verdacht, die nachdrückliche Versicherung der Streikbereitschaft für die Realisierung der Mitbestimmung durch den langjährigen Vorsitzenden Wilhelm Gefeller und den DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter nicht ernst genug zu nehmen. Ebenso verfielen die Anträge 54 und I 17 gegen starke Minderheit der Ablehnung, weil sie negativ über die Ergebnisse der Großen Koalition urteilten bzw. vor ihrer Fortsetzung warnten.

Die „Zimperlichkeit“ von Spitzenfunktionären und einem Teil der Delegierten bei diesen und einigen anderen Gelegenheiten hinderte den Gewerkschaftstag jedoch nicht, in einer ganzen Reihe wesentlicher Fragen ein klares gewerkschaftliches Wort zu sprechen.

Votum für die Friedenssicherung

Die Bundesregierung wurde einmütig aufgefordert, „als wichtigen Beitrag zur internationalen Entspannung den

spektierung der gegenseitigen Auffassung über Staat und Gesellschaft zu einer Beratung über die Sicherung des Friedens in Europa und der Welt zusammenfinden sollen. Die Delegierten betrachten dieses Angebot als Schritt zu einer Friedenspolitik und fordern den Bundesvorstand des DGB auf, dieses Angebot anzunehmen.“

Nützliche Kontakte

Zweifelsohne würde eine solche Beratung das Gewicht des DGB im Konzert der Friedenskräfte wesentlich erhöhen. Es erweist sich immer deutlicher, die vielfältige Nützlichkeit gewerkschaftlicher Ostkontakte für die Verbesserung der Position der Arbeiterschaft als Gelegenheit zu der von den monopolistischen Kräften getragenen nationalistischen Großmachtpolitik der Bundesregierung.

Der Gewerkschaftstag stellte sich hinter die Beschlüsse des 8. DGB-Kongresses, wonach die Ostkontakte in vollem Umfang wieder aufgenommen und die Voraussetzungen geprüft werden sollen, die für die Einbeziehung des FDGB der DDR in das Kontaktgeschehen geben sind. Auf Initiative des Hauptvorstandes hat der Kongreß vier Grundsätze für die Handhabung von Ostkontakten verabschiedet:

1. Kontakte bedeuten keine Zustimmung zu der im jeweiligen Land betriebenen Gewerkschafts- bzw. Regierungspolitik. Sie sollen zur Vermittlung objektiver Eindrücke über die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entwicklung dienen.

2. Kontakte sollen das Sichtbarmachen unterschiedlicher politischer Auffassungen durch Veröffentlichungen in der Gewerkschaftspresse der Kontaktländer einschließen.

3. Kontakte dürfen keinen „missionarischen“ Charakter haben und nicht von Versuchen begleitet sein, Einfluß auf die Regierungspolitik des Kontaktlandes zu nehmen.

4. Das Prinzip der Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit bezüglich Umfang der Kontakte und Zahl der Teilnehmer muß gewahrt sein.

Genau betrachtet sind diese Richtlinien eine nachträgliche Kritik am DGB-Bundesvorstand, der als Antwort auf die Ereignisse in der CSSR am 21. August 1968 die Kontakte zu den Gewerkschaften der beteiligten Länder abbrach und auf diese Weise offenbar die Politik der sozialistischen Staaten beeinflussen und die Ostkontakte als Druckmittel benutzen wollte. Sie stellen zugleich aber auch eine Mißbilligung der Haltung solcher Gewerkschaftsvorstände wie z. B. der IG Metall und der IG Bau-Steine-Erden dar, die zur Zeit auf Kontakte zu solchen sozialistischen Ländern verzichten, in denen sie keine Gelegenheit zu „missionarischem“ Wirken sehen. Und nicht zuletzt bedeuten

die Kontaktgrundsätze der IG Chemie eine Abfuhr an jene Kräfte in Bundesregierung und Parteien, die die Gewerkschaften als verlängerten Arm ihrer sogenannten „neuen“ Ostpolitik und als „Weichmacher“ gegenüber den sozialistischen Ländern einspannen möchten.

Der Kongreß beauftragte den Hauptvorstand, auch zu „allen maßgeblichen Gewerkschaften“ in den übrigen europäischen Ländern eine breitere Zusammenarbeit herzustellen, um in den Betrieben internationaler Konzerne zu einer einheitlichen Gewerkschaftsstrategie zu gelangen. Dieser Beschuß eröffnet der IG Chemie mehr Möglichkeiten zu einer Zusammenarbeit mit Gewerkschaften wie dem CGT in Frankreich und der CGIL in Italien, die dem Weltgewerkschaftsbund angehören.

Gegen Rechtsradikalismus

Die Delegierten des Wiesbadener Gewerkschaftstages machten mit dem nötigen Nachdruck deutlich, daß sie — stellvertretend für die rund 550 000 Chemie-Gewerkschafter und gemeinsam mit allen Gewerkschaftern und Demokraten — entschlossen sind, die neonazistische Entwicklung in der Bundesrepublik zu stoppen. Daß dieser Wille nicht nur Deklamation ist, unterstrich am vierten Kongreßtag eine eindrucksvolle Demonstration der Teilnehmer des Gewerkschaftstages von der Tagungshalle ins Zentrum der Stadt, wo auf einer Kundgebung gegen den Neonazismus vor 2000 Gewerkschaftern und Wiesbadener Bürgern Prof. Dr. Fabian vom DGB, Werner Vitt vom Hauptvorstand der IG Chemie und Stadtverordneter Jordan von der Bürgeraktion für Demokratie sprachen. Prof. Fabian und Werner Vitt legten besonders die gesellschaftlichen Ursachen und Wurzeln für die neofaschistische Entwicklung in der Bundesrepublik bloß.

Im Antrag 61 stellt der Gewerkschaftstag fest, daß der Atikommunismus, der Wiederaufstieg ehemals führender Nazis in wichtige Positionen und die Nichtanerkennung der durch den zweiten Weltkrieg in Europa entstandenen geographischen und gesellschaftlichen Realitäten wesentliche Ursachen für die Tendenz zum Faschismus in der Bundesrepublik sind. Ferner heißt es: „Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung, aus der sich ein Faschismus entwickeln kann, ist nicht verändert worden, wie es ursprünglich in den Parteiprogrammen nach 1945 vorgesehen war.“

In weiteren Beschlüssen wird der Hauptvorstand aufgefordert, sich für das Verbot der NPD einzusetzen und gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen einzuleiten, um der Verbotsforderung das nötige Gewicht zu geben. Die Delegierten beschlossen darüber hinaus eine ganze Reihe von Anträgen, die alle

auf die Verteidigung, Festigung und Ausweitung demokratischer Rechte gerichtet sind.

Für politische Rechte im Betrieb

Eindeutig wird die Einführung der Vorbeugehaft abgelehnt, die nur im Zusammenhang mit den Schutzhaftgesetzen der Nazizeit gesehen werden könne. Der Kongreß ergänzte die Satzung der IG Chemie dahingehend, daß sie

Führungswechsel

Auf dem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Wiesbaden berieten und entschieden 335 Delegierte über 467 Anträge und Entschließungen sowie 24 Initiativträge.

Im Alter von 63 Jahren stellte Wilhelm Gefeller, seit 1949 Vorsitzender der IG Chemie und Mitbegründer des DGB, seine Funktion zur Wahl. Neuer Vorsitzender wurde der 49jährige Karl Hauenschild.

Zusammen mit Wilhelm Gefeller schieden aus Altersgründen der bisherige 2. Vorsitzende Karl Küpper und die Leiterin der Hauptabteilung Frauen, Rose Marquardt, aus der aktiven Arbeit aus. Neu in den geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt wurden Liesel Winkelsträter und Paul Plümeyer.

jetzt ein Widerstandsrecht gegen die Verletzung von Grundsätzen der Demokratie in Staat und Wirtschaft enthält. Ausdrücklich machte sich der Gewerkschaftstag den Beschuß den DGB-Kongresses zu eigen, im Falle des „Mißbrauchs“ der Notstandsgesetze von dem auch in der Verfassung enthaltenen Widerstandsrecht Gebrauch zu machen.

Ein besonderes Anliegen war den Delegierten die Einführung demokratischer Rechte im Betrieb. Sie forderten ihren Hauptvorstand und den DGB-Bundesvorstand auf, sich dafür einzusetzen, daß alle Gesetze und Bestimmungen, die eine politische Betätigung im Betrieb verbieten, annulliert werden. Weiter wurden Maßnahmen gefordert, um der Einschränkung gewerkschaftlicher Betätigung im Betrieb, teils durch die Arbeitsrechtsprechung, teils durch die Unternehmer, wirksamer zu begegnen.

Einen wichtigen Diskussionspunkt bildete die Mitbestimmung, deren Einführung auf allen Ebenen der Gewerkschaftstag mit Entschiedenheit verlangte: im Betrieb, auf Unternehmens-

ebene und in der Gesamtwirtschaft. Das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes Hermann Rappe definierte in einem Diskussionsbeitrag mit der nötigen Klarheit, worum es dabei geht:

„Wir wollen mehr Mitbestimmung für die Betriebsräte, für die Arbeitnehmer, die Gewerkschaftsvertreter auf Kosten der Rechte der Unternehmer. Wir dürfen ... der Machtdiskussion nicht ausweichen. Wer Mitbestimmung will, muß eindeutig sagen: Ja, wir wollen mehr Macht auf Kosten der Rechte der anderen Seite. Uns wirft die andere Seite Machtstreben vor. Dieser Begriff und dieser Hinweis sind von der Seite derer, die die ungeteilte Macht haben, einfach witzig, und dem kann man nur begegnen, wenn man eindeutig erklärt: Ja, wir wollen mehr Macht auf Kosten eurer Macht und eurer Rechte. Sonst verstehen uns unsere Kollegen unter Umständen bei einer etwas akademisch geführten Diskussion nicht.“

Anders tönte es aus dem Munde der Bonner Politiker, die sich die Gelegenheit nicht entgehen ließen, den Gewerkschaftern verbale Wahlversprechen zu machen. Ob Hans Katzer von der CDU oder Willi Brandt, Karl Schiller und Helmut Schmidt von der SPD — sie alle entdeckten in Wiesbaden ihr Mitbestimmungsherz. Der Hinweis einiger Delegierter in der Diskussion, daß es besser gewesen wäre, wenn die Koalitionsparteien die Regierungszeit genutzt hätten, Mitbestimmungstatzachen zu schaffen, statt nur darüber zu reden, rückte die Dinge wieder ins rechte Licht. **Die Forderung des Kongresses, die Großbanken in Gemeineigentum zu überführen, unterstrich den Willen der Gewerkschafter, mit der demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft endlich zu beginnen.**

Die Unzufriedenheit der Arbeiter und Angestellten in der chemischen Industrie, aber auch in der gesamten Wirtschaft, mit der hinhaltenden Taktik der Bonner Parteien in der Mitbestimmungsfrage artikulierte der aus Altersgründen ausgeschiedene langjährige Vorsitzende der IG Chemie, Wilhelm Gefeller, auf einer Pressekonferenz mit der Erklärung, daß die Gewerkschaft bereit sei, notfalls für die Mitbestimmung zu streiken. Eine weitere Legislaturperiode würden sich die Gewerkschafter nicht mehr hinhalten lassen. Der neu gewählte Vorsitzende Hauenschild versuchte später, diese eindeutige Erklärung dahingehend zu modifizieren, daß ein Mitbestimmungsstreik nur im tarifvertraglichen Bereich in Frage komme.

Zündstoff Konzertierte Aktion

Wie auf allen gewerkschaftlichen Arbeitskonferenzen und Kongressen gingen auch in Wiesbaden die Große Koalition und die Schillersche konzertierte Aktion in die Schuhlinie der Kritik. Schon der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter hatte in seiner Begrüßungsrede von Nachteilen der Großen Koalition

lition gesprochen. Der Wirtschaftsaufschwung habe die Unternehmer einseitig bevorzugt, die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung sei nicht reguliert und eine so maßgebende Reform wie die Mitbestimmung nicht verwirklicht worden. Wilhelm Gefeller sagte, obgleich er die konzertierte Aktion für richtig hält, das Engagement der Gewerkschaften in dieser Einrichtung der Bundesregierung sei von Voraussetzungen bestimmt gewesen, die erst noch erfüllt werden müßten. Und der bisherige stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Karl Küpper konstatierte bitter, außer Bindungen habe die konzertierte Aktion den Gewerkschaften "nicht sehr viel" eingebracht. Es habe sich erwiesen, daß man mit konzertierten Gesprächen die tatsächlichen Machtverhältnisse nicht verändern kann". Paul Plumeyer, der neu in den geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt wurde, charakterisierte die Schiller-Runde so: "Trotz aller Beteuerungen wird die konzertierte Aktion die Gewerkschaften in die Rolle des staatlichen Hilfsorgan bringen, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Status quo aufrechtzuerhalten."

In dem verabschiedeten Antrag 152 unterstreicht der Gewerkschaftstag einen seinerzeit auf dem 8. DGB-Kongreß von der IG Chemie-Papier-Keramik initiierten Initiativantrag mit folgendem Wortlaut: "Sollte sich erweisen, daß die Bindung an die konzertierte Aktion die Gewerkschaften in ihrer Handlungsfreiheit einschränkt und dadurch das Ungleichgewicht zwischen Kapital- und Arbeitnehmerinteressen verstärkt, haben der Bundesvorstand und der Bundesausschuß die Frage eines weiteren Verbleibens in der konzertierten Aktion zu prüfen." Der Hauptvorstand der IG Chemie wird darüber hinaus beauftragt, "die schon jetzt erkennbaren negativen Entwicklungen der konzertierten Aktion — Nichtverwirklichung der sozialen Symmetrie..., interventionistische und die Tarifautonomie gefährdende Tendenzen — sorgfältig (zu) beobachten und zur gegebenen Zeit im Sinne des Initiativantrages tätig" zu werden.

"Knallharte Tarifpolitik"

Schließlich erörterte der Gewerkschaftstag ausführlich Probleme der Tarifpolitik. In dem umfangreichen Antrag 297, der die einmütige Billigung der Delegierten fand, legt die IG Chemie-Papier-Keramik ihr diesbezügliches Konzept vor. Der Hauptvorstand werde nicht zögern, heißt es darin, wie in der Vergangenheit auch künftig, wo es nötig ist, von dem Mittel des Streiks Gebrauch zu machen, um annehmbare Lösungen zu erzwingen. Als Schwerpunkte der Tarifpolitik werden genannt: Sicherung der Tarifautonomie, Erhaltung der bezirklichen Tarifzuständigkeit, Absicherung von Einkommensbestandteilen, betriebsame Tarifpolitik, Vermögensbildung, Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsverlängerung

und Urlaubsgeld, Alterslohnabsicherung, Rationalisierungsschutzverträge und Verdienstschatz, bezahlter Bildungsurlaub, tariflicher Schutz für Vertraulente sowie Gleichstellung von Mann und Frau.

Im Zusammenhang mit einer sogenannten Vermögensbildungspolitik erklärten Hermann Rappe, diese erforderte entweder radikale gesellschaftspolitische Eingriffe oder eine "knallharte Tarifpolitik". Der Gewerkschaftstag erhob eine Reihe richtungweisender Forderungen auch im sozial- und bildungspolitischen Bereich, verabschiedete einen Forderungskatalog für die berufstätige Frau und stellte Weichen in Hinsicht auf die angestrebte Reform des DGB. Bis zum 1. Oktober 1969 muß eine Kommission berufen werden, die konkrete Vorschläge der IG Chemie-

Papier-Keramik zur Organisationsreform des Deutschen Gewerkschaftsbundes entwickeln soll.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß der 8. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie trotz der spürbaren Bewegungsenge als Folge sozialdemokratischer Beteiligung in der Großen Koalition es verstanden hat, sich einen ausreichenden Spielraum für die Formulierung eines kämpferischen Programms gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu bewahren. Die kommen den drei Jahre bis zum 9. Gewerkschaftstag werden in dem Maße mit Erfolgen ausgefüllt sein, wie es den aktiven Chemie-Gewerkschaftern gelingt, in der großen Auseinandersetzung mit dem Kapital alle verfügbaren Kräfte zu mobilisieren und kämpferisch einzusetzen.

Gerd Siebert

Der Firmenausverkauf geht weiter

Während die Vertreter der Bundesregierung und der Koalitionsparteien seit Jahren immer wieder stereotyp beteuern, der Einfluß des Auslandskapitals auf die westdeutsche Wirtschaft biete zu keinerlei Sorge Anlaß und bedeute noch längst keine Überfremdung, hält der schleichende Ausverkauf unvermindert an. Ohne den ausländischen Streubesitz an westdeutschen Aktien, betragen die Beteiligungen des Auslandskapitals Ende 1968 bereits 18 Milliarden DM Nominalwert; das waren 4,4 Milliarden DM mehr als 1965. Das ist bereits ein Fünftel des gesamten Nominalkapitals der inländischen Kapitalgesellschaften.

Für die Auslandsmonopole — und hier müssen an erster Stelle die Amerikaner genannt werden, auf die ein Anteil am gesamten Beteiligungskapital von 43,6 Prozent entfällt — gibt es bei Beteiligungen in der westdeutschen Wirtschaft im wesentlichen zwei Kriterien: Beteiligung an Konzern- und Großbetrieben mit marktbeherrschendem Charakter sowie an Industrien mit hohen Wachstums- und damit auch entsprechenden Profitraten.

Diese an Renditen orientierte Schwerpunktspolitik des Auslandskapitals findet ihren sichtbaren Ausdruck darin, daß sich z. B. die Kapitalgesellschaften der westdeutschen Mineralölverarbeitung zu 84 Prozent, der Nahrungs- und Genußmittelindustrie zu 48 Prozent, der Kunststoffverarbeitung zu 35 Prozent, der Elektrotechnik zu 31 Prozent, des Fahrzeugbaus zu 29 Prozent, des Stahlbaus zu 25 Prozent und des Maschinenbaus zu 22 Prozent in den Händen ausländischer Monopol- und Bankgruppen befinden.

Getreu dieser Konzeption beginnen nun die USA-Monopole ihre Hand nach der westdeutschen Filmwirtschaft auszudecken. So hat die amerikanische Commenwelth United Entertainment (CUE) unlängst den Münchener NORAFilmverleih erworben. Nun will die CUE auch noch in die Constantin-Film AG, den größten westdeutschen Filmverleih, einsteigen und darüber hinaus die Ufa-Theater AG in ihren Besitz bringen. Entsprechende Verhandlun-

gen mit dem Gütersloher Bartelsmann-Konzern sind bereits angelaufen.

Auch hierfür sind in erster Linie wieder Profitgründe ausschlaggebend. So unterhält beispielsweise die Ufa-Theater AG im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin 38 gutgehende Erstaufführungstheater. Dazu kommen drei Autokino, während zwei weitere Autokino im Bau sind.

Doch der Griff des US-Konzerns nach den führenden Unternehmen der westdeutschen Filmwirtschaft hat auch politisch-ideologische Motive. Es ist unverkennbar: der Einfluß des amerikanischen Monopolkapitals auf die westdeutschen Massenmedien soll verstärkt werden. Dabei denkt man nicht nur an den Film, sondern auch an das Fernsehen.

Für das ständige Vordringen von Auslandskapital in fast alle westdeutschen Wirtschaftsbereiche gibt es einen Hauptverantwortlichen, nämlich die Bundesregierung, die sich beharrlich weigert, die inländische Wirtschaft vor einer Überfremdung mit all ihren ökonomischen, gesellschaftlichen und sozialen Konsequenzen zu schützen. Man muß Bonn sogar den Vorwurf machen, den Ausverkauf der westdeutschen Wirtschaft zu begünstigen, um sich auch auf diese Art und Weise die Zustimmung Washingtons und der amerikanischen Monopole zu den eigenen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ambitionen in Europa zu erkaufen.

Mitbestimmung am Arbeitsplatz

Zur Problematik betrieblicher „Arbeitsgruppen“ Wirksame Mitbestimmung nur mit Gewerkschaften

Unter den aktiven Gewerkschaftern wurde in der letzten Zeit, besonders in den Diskussionskreisen für Mitbestimmung, das Problem der Mitbestimmung am Arbeitsplatz lebhaft diskutiert. Seitdem die SPD ihre Gesetzesvorschläge zur Mitbestimmung im Bundestag eingebracht hat — übrigens nicht zufällig so spät, daß sie nicht mehr behandelt werden können — werden gerade die Aussagen der SPD über die Mitbestimmung am Arbeitsplatz den Vorschlägen des DGB entgegengestellt. Auch Gewerkschafter, die der Politik der SPD-Führung im allgemeinen kritisch gegenüberstehen, neigen zu der Auffassung, der SPD-Vorschlag sei fortschrittlicher als die Aussagen des DGB.

In einem Artikel der gewerkschaftlichen Monatshefte hat Fritz Vilmar sich zu dieser Frage geäußert. Er berief sich ausdrücklich auf den SPD-Bundestagsabgeordneten und Mitarbeiter des IG Metall-Vorstandes Matthöfer und ging davon aus, daß man die gewerkschaftspolitische Passivität durch ein klares Konzept gewerkschaftlicher Betriebspolitik überwinden müsse. Durch eine betriebsnahe Tarifpolitik sollten mit Unterstützung von Betriebsräten und Vertrauensleuten die materiellen Interessen der Arbeiter und Angestellten konsequenter vertreten werden. Gedacht war besonders an die Probleme des Lohnes, der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsumwelt, Arbeitsorganisation, der Sozialeinrichtungen usw.

Vilmar führt eine gewisse Inaktivität der Arbeiter bezüglich der Mitbestimmung darauf zurück, daß sich die Gewerkschaften zu sehr auf die institutionellen Fragen, wie Besetzung von Aufsichtsräten, konzentriert hätten. Dadurch würde oft die Meinung eines Teils der Arbeiter verstärkt, bei der Mitbestimmung ginge es nur um einige neue Posten. Deshalb — so Vilmar — müsse das Konzept der Mitbestimmung von vornherein am Arbeitsplatz beginnen und von dort stufenweise weitergehen. Weiter werden in dem genannten Artikel Vorschläge gemacht, wie durch Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes die Rechte der einzelnen Arbeitsgruppen bzw. deren Vertrauensleute so festgelegt werden sollten, daß sie in allen Fragen die Löhne und Akkord, Überstunden, Zuweisung neuer Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Arbeitsablauf und neue Produktionsverfahren betreffen, mitberaten und mitentscheiden können. Wenn von den Arbeitern und Angestellten reale Vorschläge zur Produktivitätssteigerung unterbreitet werden, sollen sie am materiellen Ergebnis beteiligt werden.

In dem Artikel von Vilmar sind durchaus wichtige Gedanken enthalten. Ihre Bedeutung liegt einmal in mobilisierender Wirkung auf die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben. Zum anderen kann damit ein Gegengewicht wider die Gefahr der Integration der Arbeiter und Angestellten in die bestehende Wirtschaftsordnung geschaf-

fen. Es ist den Unternehmern zweifellos eher möglich, hier und da Belegschaftsvertreter in den Aufsichtsräten für ihre Interessen einzuspannen. Werden aber ein gut organisierter und gewerkschaftspolitisch bewußter Vertrauensleutekörper und darüber hinaus alle Arbeiter und Angestellten in dem Kampf um die Realisierung wirksamer Mitbestimmung einbezogen, ist das weitaus schwerer.

Die seitherige Debatte hierüber war recht widerspruchsvoll. Von vielen, die sich in dieser Frage zum Wort meldeten, war auch nicht zu erwarten, daß sie zur Klärung beitragen wollten. Führende Funktionäre wie das DGB-Bundesvorstandsmitglied Neemann erklärten noch vor kurzem, Mitbestimmung im Betrieb und am Arbeitsplatz gehe allein über den Betriebsrat. Also nicht, wie Vilmar vorschlägt, durch die Arbeiter und Angestellten unmittelbar. Es gibt aber auch viele aufrechte Verfechter der wirtschaftlichen Mitbestimmung, die die Mitbestimmung am Arbeitsplatz als eine Methode ansehen, mit der die Arbeiter und Angestellten von der politischen Aufgabe der Mitbestimmung abgelenkt werden sollen, weil ja am Arbeitsplatz, in der Abteilung wie auch im Betrieb, keine grundlegenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen gefällt werden. Dieses Argument ist aber nur dann zutreffend, wenn sich die Forderung auf Mitbestimmung am Arbeitsplatz beschränkt. Tatsächlich muß sie als wichtiges Glied in der Mitbestimmungskette betrachtet werden, die vom Arbeitsplatz bis in jene Institutionen reicht, in der die wirtschaftspolitischen Entscheidungen für die Gesamtwirtschaft fallen.

Helmut Schmidt, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der SPD, hat sich zum Befürworter der Mitbestimmung am Arbeitsplatz gemacht, weil, so sagt er sinngemäß, endlich auch für die Arbeiter etwas dabei herauskommt. Praktisch soll die Mitbestimmung am Arbeitsplatz nach den Vorschlägen Matthöfers, die teilweise in dem SPD-Gesetzentwurf übernommen worden sind, so aussen, daß Arbeitsgruppen gebildet werden, die zur Vertretung ihrer Anliegen einen eigenen Sprecher wählen. Das heißt aber: im Betrieb sollen neue, nichtgewerkschaftliche

Organe entstehen, die wie die Betriebsräte entsprechend dem BVG ausdrücklich nicht als Vertretungsorgane der Gewerkschaften fungieren würden. Das drängt geradezu die Unternehmerlinie auf: die Gewerkschaften im Betrieb seien eigentlich überflüssig.

Werden aber die Gewerkschaften aus den Betrieben verdrängt, kann es keine wirksame Mitbestimmung geben. Auch das scheindemokratische Argument, auch nichtorganisierte Arbeiter und Angestellten hätten das Recht auf Vertretung, sticht hier nicht. Ohne ein von einer Klassenposition ausgehendes gewerkschaftliches Bewußtsein kann es keine Mitbestimmung geben. Betriebliche Arbeitsgruppen, mit oder ohne Sprecher, sind nichts anderes als

Die Bildung von Arbeitsgruppen im Betrieb als Organe der Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist durch die SPD in die aktuelle Mitbestimmungsdiskussion gebracht worden. Zu diesem Thema äußert sich auch der Diskussionsbeitrag auf dieser Seite. Wir bitten um Stellungnahmen. D. Red.

Institutionen, die sich den Interessen der Unternehmer unterordnen müssen. Ohne gewerkschaftlichen Einfluß im Betrieb werden die Arbeiter und Angestellten auf sich allein gestellt, dem wirtschaftlichen und ideologischen Druck der Unternehmer keinen ausreichenden Widerstand entgegensetzen können. Es ist darum auch kein Zufall, daß sich beispielsweise die Leitungen der großen Konzerne um die Einrichtung von Arbeitsgruppen sehr bemühen.

Der beste Weg, die Mitbestimmung von unten her aufzubauen, ist, den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten Mitbestimmungsrechte zu erkämpfen, wie es gegenwärtig die IG Metall beginnt. Das kann, je nach den Bedingungen, zunächst tarifvertraglich geschehen, und danach gesetzlich absichert werden. In dieser Beziehung gibt es noch das Argument, daß durch derartige Regelungen der Vertrauensmann unter die Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes gebracht werden kann, und so zum Beispiel zur Friedenspflicht gezwungen wird. Aber wirksame Mitbestimmungsrechte können nicht erkämpft werden, ohne daß die Gewerkschaften stark genug und auch bereit wären, diesen Zwang zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ zu brechen. Durch die Hintertür allein gesetzlicher Institutionalisierung sogenannter Arbeitsgruppen ist Mitbestimmung gewiß nicht zu verwirklichen.

Josef Knecht

Die DDR — ein sozialistischer Staat

Die historische Leistung der Arbeiterklasse in der DDR
Exklusiv von Dr. J. Hoffmann, Mitglied des FDGB-Bundesvorstandes

Eine wichtige Grundaussage des Ereignisses, das jetzt in der DDR festlich gewürdigt wird — der 20. Jahrestag der Gründung dieses deutschen Staates — ist die folgende: Durch Existenz und erfolgreiche Entwicklung der DDR ist der Beweis erbracht worden, daß die Arbeiterklasse auch in einem entwickelten Lande die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten vermag und ohne Monopolherren und Junker, ja besser als sie, Staat und Wirtschaft zu leiten imstande ist. Mit diesem Nachweis wurde durch die Arbeiterklasse der DDR eine exemplarische Lektion erteilt — vor allem denen, die in der DDR eine flüchtige, vorübergehende Erscheinung sehen zu können glauben und, dieser in bestimmtestem Tone ausgesprochenen Annahme folgend, lustvoll den „Zusammenbruch der Zone“ mehr als einmal voraussagten.

Wir Gewerkschafter der DDR erinnern uns sehr gut an das, was die Repräsentanten und Propagandisten der spätkapitalistischen Gesellschaft im Jahre 1949 erklärten. Als damals — nicht zuletzt durch unser kräftiges Zutun — der deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat ins Leben trat, womit sich die Arbeiterklasse das Hauptinstrument für die Sicherung der Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen und schließlich der sozialistischen Entwicklung schuf, verkündete Konrad Adenauer gelassen, man solle „das Geschehen in der Sowjetzone nicht überschätzen“. Sein Westberliner Parteiorgan „Der Tag“ nannnte die DDR ein „rotes Faktum“, aber ein „Faktum nur so, wie auch eine üble Krankheit ein Faktum ist“. Die CDU-Zeitung hatte das sichere Rezept dagegen parat: „Man widersteht ihr und man überwindet sie“ („Der Tag“ v. 6. 11. 49).

Inzwischen haben beide das Zeitliche gesegnet, Konrad Adenauer wie auch seine Westberliner Parteizeitung, die DDR allerdings gedieh zu einem stabilen sozialistischen Staat.

Das Neue setzte sich durch

Warum gab die Geschichte uns recht, nicht aber jenen, die seinerzeit erklärten: „Für das ostzionale Staatsgebilde sehe ich keine Entwicklungsmöglichkeit“ (Jakob Kaiser) und voraussagten, die DDR-Regierung werde „nicht in der Lage sein, den Elendsstandard im Lande zu beseitigen“ („Der Tagesspiegel“ v. 8. 10. 1949). Gab es — als Folge des faschistischen Krieges — etwa kein Elend in der DDR? Litten wir nicht am Mangel auf vielen Gebieten? Und war die Wirtschaft auf unserem Territorium, die außerdem der Pflicht zu Reparationsleistungen für ganz Deutschland nachkam, nicht nur infolge von Kriegszerstörungen, sondern auch aus Gründen der historischen Entwicklung (vier Hochöfen im Osten gegenüber mehr als 100 im Westen) etwa nicht in enormen Schwierigkeiten?

Gewiß, das gab es, und die reaktionären Politiker des Westens und die

kapitalistischen Massenmedien haben nicht zuletzt auf diese Sachverhalte spekuliert, wenn sie die DDR immer mal wieder für im Koma liegend erklärten.

Wenn sie sich so gründlich irrten, dann hatte das mit ihrer spezifischen Klassenposition zu tun. Von dieser kapitalistischen Klassenposition sahen sie die Verhältnisse in dem jungen Arbeiter- und Bauern-Staat nur in ihrer Statik, nicht aber vom Standpunkt der Entwicklung und Veränderung, vom Standpunkt des Neuen, das in der DDR entstanden war und sich gerade im Prozeß der schrittweisen Überwindung der Schwierigkeiten entfaltete. In diesem Prozeß bewies die Arbeiterklasse, geführt von einer marxistisch-leninistischen Partei, der SED, zu welchem Schöpfertum sie fähig ist und daß sie eine geschichtsbildende Kraft darstellt, die voll und ganz zur Führung legitimiert ist, nachdem die imperialistische Großbourgeoisie ihren Führungsanspruch in zwei Weltkriegen gründlich verspielt hat.

Das geschichtliche Schöpfertum der Arbeiterklasse der DDR äußerte sich nicht schlechthin in ihrer Rolle in der Produktion, als Schöpferin aller materiellen Werte, sondern darin, daß sie im Besitz der politischen Macht und auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln sich als produzierende und machtausübende Klasse zugleich entwickelte. Dabei zeigte sie ihre Fähigkeit, die Kunst der Politik zu meistern, andere Klassen und Schichten, Menschen unterschiedlichsten Herkommens und Bildungsgangs an die sozialistische Entwicklung heranzuführen und — woran auch die Gewerkschaften einen großen Anteil haben — einen umfassenden Prozeß der Erziehung und Selbsterziehung in Gang zu setzen, durch den die sozialistischen Gesellschaftsbeziehungen gefördert und gefestigt wurden.

Die Basis dafür waren die neuen, sozialistischen Produktionsverhältnisse, die sich mit der Herstellung des Volkeigentums an den Produktionsmitteln herausbildeten. Damit wurde der Klassenantagonismus überwunden, alle Werktätigen traten in ein objektiv gleichgeartetes Verhältnis zu den Pro-

duktionsmitteln. Im Produktionsprozeß entwickelte sich zuerst das Neue, jenes große Anderswerden (Johannes R. Becher) des Menschen in Richtung auf das Ideal der allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit, das wir als das wichtigste Ergebnis unserer gemeinsamen zwanzigjährigen Arbeit betrachten.

Die neuen Beziehungen, die das bewirkten und besonders im sozialistischen Wettbewerb ihren Ausdruck fan-

Zwanzig Jahre DDR (II)

Am 7. Oktober 1969 jährt sich die Gründung der DDR zum 20. Male. Aus diesem Anlaß haben wir im August-Heft der NACHRICHTEN mit einer Artikelfolge begonnen, in der prominente Gewerkschafter der DDR mit Exklusivbeiträgen für unsere Leser eine Bilanz von 20 Jahren sozialistischer Aufbauarbeit ziehen. Dieser zweite Beitrag wurde geschrieben von dem Mitglied des FDGB-Bundesvorstandes Dr. Joachim Hoffmann.

den, waren die Beziehungen der kammeradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung, der Achtung vor den arbeitenden Menschen und ihren Leistungen, der Verantwortung gegenüber dem sozialistischen Eigentum und gegenüber der täglich neu zu lösenden Aufgabe, dieses Eigentum gut zu nutzen und zum gemeinsamen und individuellen Besten zu mehren.

Mitbestimmung ist Wirklichkeit

Mit ihren Gewerkschaften und ihrer marxistisch-leninistischen Partei entwickelten die Arbeiter im Laufe der Zeit ein ganzes System der unmittelbaren Mitwirkung und Mitbestimmung der Werktätigen bei der Planung und Leitung der Produktion, angefangen von den ständigen Produktionsberatungen in den Betrieben (davon existieren z. B. etwa 12 000, denen 180 000 Arbeiter und Vertreter der Intelligenz angehören) bis zu den Gesellschaftlichen Räten bei den Vereinigungen Volkseigener Betriebe.

Insbesondere aber erweisen sich die Gewerkschaften durch ihre betrieblichen Mitgliederversammlungen, durch die Organisierung der Diskussion über die betrieblichen Pläne und Perspektiven — sowohl hinsichtlich der ökonomischen Ziele als auch vom Standpunkt der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen und des gei-

stig-kulturellen Lebens — als ein entscheidendes Instrument der Mitbestimmung der Werktätigen.

Wenn eine westdeutsche großbürgerliche Zeitung schreiben zu können glaubte, das in der DDR proklamierte Prinzip „Arbeite mit! — plane mit! — regiere mit!“ sei „einfach zu naiv“, um es ernst nehmen zu können, so hat es sich bei uns längst erwiesen, daß gerade dieses Prinzip den Wesensgehalt der sozialistischen Demokratie ausdrückt. Denn sie ist nicht — wie die bürgerliche Demokratie — auf den politischen Raum beschränkt, sondern durchdringt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, vor allem die wichtigste Sphäre, wo der materielle Reichtum der Gesellschaft geschaffen wird und der arbeitende Mensch einen großen Teil seines Lebens vollbringt: die materielle Produktion. Wenn dem täglichen Mitplanen und Mitregieren der Werktätigen auch in diesem Bereich der Einwand „naiv“ entgegen gestellt wird, so fällt uns dazu eine treffende Bemerkung von Karl Marx ein: „Die Regierungsmaschinerie kann gar nicht einfach genug sein. Es ist immer die Kunst der Spitzbuben, sie kompliziert und geheimnisvoll zu machen.“

Wachsende Produktion und Einkommen

Dazu einige Tatsachen: Das National einkommen der DDR stieg seit 1950 fast um das Vierfache und wird in diesem Jahr die 100 Milliarden-Grenze erstmals überschreiten. Im Jahre 1969 brauchen wir in der Industrie nicht einmal ein ganzes Quartal, um das zu produzieren, wofür die Werktätigen 1950 ein ganzes Jahr benötigten. Der wachsende gesellschaftliche Reichtum ermöglichte es, den Reallohn seit 1950 auf das Dreieinhalfache zu steigern. Auf Vorschlag der Gewerkschaften wurde die Fünf-Tage-Arbeitswoche Wirklichkeit. Der Mindesturlaub wurde auf 15 Tage verlängert. Das bedeutet für Millionen Werktätige mehr Freizeit. Die Geldeinkünfte der Familien mit vier und mehr Kindern sowie der Rentner konnten erhöht werden. Der Warenfonds wurde umfangreicher. Verbesserte Dienstleistungen erleichtern mehr und mehr die Arbeit unserer Kolleginnen in Beruf und Haushalt. Hunderttausende neue Wohnungen wurden durch die Bauarbeiter geschaffen. Die Ausgaben unseres Staates für Volksbildung, Berufsausbildung, Sport, Gesundheits- und Sozialwesen, Wissenschaft, Kunst und Kultur verdoppelten sich in den letzten 12 Jahren.

So eroberte sich die DDR einen Platz unter den zehn führenden Industriestaaten dieser Welt. Das Verdienst, daß sich die Gewerkschaften daran zurechnen können, liegt vor allem darin, daß sie ihren Mitgliedern halfen, die Bedeutung der in der DDR vollzogenen gesellschaftlichen Umwälzungen und die sich daraus für jeden einzelnen ergebenden Anforderungen hinsichtlich der eigenen Denk- und Verhaltensweisen zu erfassen. Auf diesem Wege und durch die Einbeziehung der Werktätigen in die verschiedenen Aufgaben im Betrieb und zur Gestaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens verwirklichen die Gewerkschaften ihre Funktion als Schulen der Demokratie und des Sozialismus.

Die objektive Übereinstimmung der gesellschaftlichen und der kollektiven mit den persönlichen Interessen, die die sozialistische Gesellschaft kennzeichnet, wurde bei immer mehr Werktätigen zur durch eigene Erfahrung bestätigten Bewußtseinstatsache und zur Haupttriebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Millionen Werktätige der DDR — und darin liegt eine entscheidende Garantie für das weitere Aufblühen des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates — haben in 20 Jahren gelernt, Verantwortung für das Ganze zu tragen und jederzeit selbstständig und aus Überzeugung das Richtige zu tun.

PERSONALIEN

Richard Boljahn, DGB-Kreisvorsitzender von Bremen, hat sich von dieser Funktion beurlauben lassen. Boljahn wird beschuldigt, eine der Schlüsselfiguren im Bremer Baulandskandal zu sein. Er hat es jedoch abgelehnt, sein SPD-Abgeordnetenmandat in der Bremer Bürgerschaft niederzulegen.

Hans Dohrenbusch, viele Jahre verantwortlicher Redakteur der DGB-Jugendzeitung „aufwärts“, vollendete am 9. August 1969 sein 65. Lebensjahr. Wegen seiner antifaschistischen Tätigkeit mußte er 1937 in die Schweiz fliehen. Nach dem Kriege war er u. a. Redakteur des DGB-Organs „Welt der Arbeit“. Die Jugendzeitung „aufwärts“ redigierte er bis zu ihrer Einstellung vor wenigen Jahren auf Grund eines Beschlusses des DGB-Bundesvorstandes im Rahmen von Sparmaßnahmen.

Wilhelm Gefeller, langjähriger Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, ist auf dem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag Anfang September in Wiesbaden aus Altersgründen von dieser Funktion zurückgetreten. Neuer Vorsitzender der IG Chemie wurde der 49jährige **Karl Hauenschild**, bisher Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes und verantwortlich für die Abteilung Organisation und Verwaltung.

Karl Küpper, bisher stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, hat auf dem Wiesbadener Gewerkschaftstag seiner Organisation im Alter von fast 65 Jahren seine Funktion zur Verfügung gestellt. Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden — neben **Ferdinand Eichhorn** — wählte der Gewerkschaftstag **Werner Vitt**.

Rose Marquardt, jahrelang Leiterin der Hauptabteilung Frauen im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik, ist auf dem Gewerkschaftstag in Wiesbaden aus Altersgründen aus dieser Funktion ausgeschieden. Als neue Leiterin der Frauabteilung wurde **Liesel Winkelsträter** gewählt, die bisher als Sekretärin für Tariffragen dem hessischen Bezirksvorstand der IG Chemie angehörte.

Franz Woscheck, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, ist am 16. August 1969 50 Jahre alt geworden. Woscheck, der auf dem 8. ordentlichen DGB-Kongreß im Mai dieses Jahres in den geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt wurde, ist Leiter der Abteilungen Organisation und Jugend. Seit 1959 war er Geschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

S. K. Zarapkin, Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik, suchte im August den DGB-Vorsitzenden, Heinz O. Vetter, zu einem Informationsgespräch auf. Gegenstand der Gespräche waren politische und gewerkschaftspolitische Fragen sowie die für November dieses Jahres geplante Reise Vettters nach Moskau.

Arbeiter in Machtpositionen

Wir haben dabei bewiesen: Die führende Rolle der Arbeiterklasse ist kein Hindernis für Demokratie, sondern Grundbedingung für die weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie in der DDR. Die Arbeiterklasse vertrete die Mehrheit des Volkes der DDR (12,5 von 17 Millionen DDR-Bürgern) und ihre Partei, die SED, ist in der DDR die stärkste Partei (1,8 Millionen Mitglieder). Zweitens identifizieren sich auch die anderen Klassen und Schichten (Genossenschaftsbauern, Intelligenz Einzelhändler und andere Gewerbetreibende) mit dem Sozialismus, weil sich auch ihre Interessen im Sozialismus vereinigen. Die Arbeiterklasse erleichtert ihnen, dies zu erkennen, indem sie ihre Bündnispolitik nach dem Prinzip verwirklicht: „Der Sozialismus hat Platz für alle, braucht alle und gibt allen eine sichere Perspektive“. Das findet auch seine Bestätigung in den unter komplizierten Bedingungen erreichten Ergebnissen der wirtschaftlichen Entwicklung.

Auf Seite 17 dieser Ausgabe (Spalte 1) ist uns ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen. Nach der Zwischenüberschrift **Arbeiter in Machtpositionen** muß der Text wie folgt beginnen:

Das wichtigste Element der Regierungsmaschinerie sind in der DDR natürlich die gewählten Volksvertretungen auf den verschiedenen Ebenen und die Volkskammer als oberste Vertretung, in der die Gewerkschaften die zweitstärkste Fraktion stellen. Es entspricht dem sozialistischen Charakter unseres Staates, wenn heute 120 000 Arbeiter in den verschiedenen Volksvertretungen als Abgeordnete wirken. 75 Prozent der leitenden Funktionäre in Staat und Wirtschaft sind aus der Arbeiterklasse hervorgegangen. Etwa 35 Prozent der in den sozialistischen Betrieben tätigen Arbeiter und Angestellten verbinden ihre Tätigkeit unmittelbar mit der Wahrnehmung von Leitungs- und Organisationsaufgaben.

Planung im Spätkapitalismus

Nur Profitplanung — keine Konvergenz mit Sozialismus „Marktwirtschaft“ und Sozialismus nicht vereinbar

Die Theorie von der sogenannten „modernen Industriegesellschaft“, die Konvergenztheorie und die konkrete antisozialistische Strategie des westdeutschen Imperialismus in der Gegenwart stehen in einem engen Zusammenhang. Wir wollen diesen Zusammenhang unter einem spezifischen Aspekt, unter dem Gesichtspunkt der imperialistischen Planung, beleuchten.

Die Industriegesellschaftstheoretiker, z. B. der Franzose Raymond Aron und der Amerikaner John K. Galbraith, gehen davon aus, daß die Entwicklung der modernen Produktivkräfte in Ost und West ähnliche Existenzbedingungen für Sozialismus und Kapitalismus schaffe und ähnliche Anforderungen an ihre innere Struktur stelle. In beiden Ordnungen seien Konzentration, Spezialisierung, Kooperation und Internationalisierung notwendig. Hier und dort sind Entscheidungen zunehmend nur mit Hilfe hochqualifizierter Spezialisten und gestützt auf den Einsatz von Computern möglich. Strukturplanung wird angesichts der komplexen Zusammenhänge in der Produktion unabdingbar und muß mit Elastizität der wirtschaftenden Einheiten verbunden werden.

Planung und Konvergenz-Theorie

Durch eine Verabsolutierung dieser Anforderungen der Produktivkräfte und durch eine weitgehende Ignoranz der Frage, wessen Macht denn eigentlich konzentriert wird, in wessen Interesse die Internationalisierung vor sich geht und welche Klasse die Macht über Planung und Entscheidungen hat, wird eine „moderne Industriegesellschaft“ schlechthin konstruiert.

Indem von den realen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen weitgehend abstrahiert wird, kommt z. B. Aron zu der Schlußfolgerung: „Die sowjetischen und die kapitalistischen Gesellschaften sind nur zwei Arten ein und derselben Gattung oder zwei Abwandlungen ein und desselben sozialen Typs: der progressiven industriellen Gesellschaft.“ (Raymond Aron, Die industrielle Gesellschaft, Fischer-Bücherei, Dezember 1964, S. 37) Und Galbraith schrieb in seinem Buch „Die moderne Industriegesellschaft“ unter dem Aspekt der Planungsnotwendigkeit im Sozialismus und Kapitalismus: „Die modernen Großbetriebe und der moderne sozialistische Planungsapparat sind nur zwei verschiedene Werkzeuge, die denselben Zweck dienen“ — der Entwicklung der Produktivkräfte. Er vernachlässigt dabei „nur“ die fundamentale Tatsache, daß im Spätkapitalismus die Planung der Monopolprofite und die imperialistische Herrschaftssicherung die Bewältigung der Technik verlangen und daß im Sozialismus die volle Entfaltung der

menschlichen Persönlichkeit als Ziel der Planung die Entwicklung der Produktivkräfte erfordert.

Dadurch aber, daß er auf solche Weise die Rolle der Produktionsverhältnisse und insbesondere des Eigentums bei der Bestimmung einer Gesellschaftsformation weitgehend negiert, kommt er zu der Auffassung, daß wesentlich angesichts eines neuen Gewichts der Planung im Imperialismus eine Annäherung, eine Konvergenz von Sozi-

Der Autor dieses Aufsatzes, Prof. Dr. Dieter Klein, ist Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität in Ost-Berlin und gilt als einer der führenden Wissenschaftler in der DDR. Prof. Dr. Klein kam freundlicherweise unserer entsprechenden Bitte nach und wird von Zeit zu Zeit exklusiv in NACHRICHTEN zu wirtschaftlichen Problemen der spätkapitalistischen Gesellschaft Stellung nehmen.

Die Redaktion

alismus und Kapitalismus feststellbar sei. Der Kapitalismus müsse z. B. die unbestreitbaren Vorteile der Planung entwickeln. Der Sozialismus dagegen solle nach dem Beispiel des Kapitalismus dem „freien Spiel des Marktes“ ein größeres Gewicht geben, die Macht dezentralisieren usw.

Der Amerikaner Walter S. Buckingham erklärte, dem Sozialismus würden die Zunahme der Gleichheit, eine Arbeiterkontrolle über die Arbeitsbedingungen und die Planung entnommen werden und: „Drei von vier Eckpfeilern des Kapitalismus ... werden wahrscheinlich aus dem reinen Kapitalismus in das neu entstehende Wirtschaftssystem übernommen werden. Erstens das Privateigentum an den Investbauten und Ausrüstungen ... Zweitens die ökonomischen Stimuli und das Motiv des Profits ... Drittens wird sich überall das Marktsystem als Hauptmechanismus für die Kontrolle über die Verteilung der Waren und Dienstleistungen behaupten.“ (Walter S. Buckingham, Theoretical Economic Systems, New York, 1959, S. 26)

Aber was wäre das für eine Planung, die auf dem Privateigentum beruht, der also stets die Konkurrenz entgegenwirkt, die am Profit orientiert ist und die dem Markt als Hauptmechanismus der ökonomischen Regulierung untergeordnet sein soll? Das ist die Planung eines kapitalistischen Systems, die heute bereits vorhanden ist.

Effekte kapitalistischer Planung

Die kapitalistische Planung vermag durchaus die Entwicklung der Produktivkräfte voranzutreiben und die Richtungen der technischen Revolution zu beeinflussen. Wenn beispielsweise der Anteil der staatlichen Finanzierung von Forschungsaufwendungen in den USA in der Metallverarbeitung 28 Prozent beträgt, in der Elektrotechnik und Elektronik 65 und in der Luft- und Raumfahrt 90 Prozent, so ermöglicht das einen beachtlichen Einfluß staatlicher Programme auf die Entwicklung dieser Zweige. In den meisten imperialistischen Staaten, z.B. in Frankreich, Italien, Westdeutschland und Österreich, spielt der staatliche Wirtschaftssektor eine beachtliche Rolle und erlaubt durch die teilweise Ausschaltung der privaten Konkurrenz in diesem Bereich eine in gewissem Maße wirksame Planung dieses Bereiches. Zugleich zwingt die Konkurrenz der Konzerne untereinander sie erbarmungslos, die Vorteile der kapitalistischen Programmierung zu nutzen.

Bedeutet das nicht doch, daß der Kapitalismus durch Planung rationeller wird und durch die Verbindung von Planung und Marktkonkurrenz in eine Ordnung hinüberwächst, die den Charakter einer „modernen Industriegesellschaft“ mit den „Vorzügen“ des Kapitalismus und den Vorteilen des Sozialismus zugleich hat? Diese Aussage hat gegenüber den sozialistischen Ländern die Funktion ihrer Untergrubung — im Namen der Konvergenz, mit dem Ziel der Beseitigung des Sozialismus. Denn die Propagierung der „Marktwirtschaft“ für den Sozialismus soll den für die Konvergenzkonzeptionen charakteristischen Effekt haben: Vernebelung des Klasseninhalts jeder konkreten Wirtschaftspolitik — um durch die daraus resultierende ideologische Verwirrung den Kampf gegen den Sozialismus unerkannt und intensiver führen zu können.

Und wie steht es mit dem Effekt der kapitalistischen Planung für die Entwicklung innerhalb des Kapitalismus selbst? Sie ist im Gegenteil Planung in der Regie der mächtigsten Monopole im Interesse ihrer Herrschaft und Profite.

Die staatsmonopolistische Planung ist den Interessen und der Strategie des Finanzkapitals untergeordnet. Sie ist in erster Linie Programmierung der

Rüstungsproduktion im politischen Rahmen der imperialistischen Globalstrategie. Es ist z. B. ganz charakteristisch, daß der Chefberater des amerikanischen Präsidenten für außenpolitische strategische Planungen, Brzezinski den Leitern der „Rand Corporation“ für deren Unterstützung bei der Ausarbeitung seines aggressiven Europakonzepts dankte. Diese „Rand Corporation“, eines der größten Zukunftsforschungsinstitute der USA, von der amerikanischen Regierung und insbesondere von der Luftwaffe finanziert, übernahm bei ihrer Gründung als erste größere Planungsaufgabe den Staatsauftrag des „Strategic Bombing Project“, d. h. die Aktionsplanung der US-Luftwaffe für den Kriegsfall gegen das sozialistische Lager.

Die Europakonzeption des Brzezinski entstand also mit Hilfe jenes Institutes, über das der Wiener Robert Jungk schrieb: „Man führt heute in den ... Büros ... imaginäre Kriege ... Hier wird die Zukunft 'realistisch' als nie abreißende Kette von politischen, wirtschaftlichen und kriegerischen Konflikten gesehen. Es ist ein unheimliches Zeitsymptom, da diese erste konkrete Bemühung der Wissenschaft, sich mit Regierungsfragen nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu befassen, unter dem Unheilszeichen der Zerstörung steht.“ **Der Computer wird hier zum Instrument der Planung eines Rückfalls in die Barbarei.** „Die verschiedenen Stromkreise des 'Computer' können so eingestellt werden, daß sie die gesamte Kriegsmacht kämpfender Nationen darstellen mit all ihren bewohnten Städten, Fabriken, Brennstoffvorräten, Ölleitungen, Bombenlagern und Flugzeuggeschwadern.“

Planung gegen die Arbeiterklasse

In den USA werden rund 70 Prozent der Mittel, die auf der Grundlage längerfristiger Programme für Forschung und Entwicklung eingesetzt werden, vom Staat verfügbar gemacht. Minister Strauß hat in seinem Buch „Herausforderung und Antwort“ ausdrücklich als beispielhaft betont, daß davon rund 50 Prozent der Mittel aus dem Haushalt des Verteidigungsministeriums, 28 Prozent von der Weltraumfahrtbehörde und etwa 10 Prozent von der Atomkommission, also unter eindeutig militärischen Aspekten aufgebracht werden.

In der Bundesrepublik wurden 1966 60,2 Prozent der Gesamtaufwendungen für Wissenschaft staatlich aufgebracht. Davon kamen insbesondere im Rahmen von Forschungsschwerpunktprogrammen 29 Prozent direkt und offiziell aus dem Rüstungshaushalt, 20,9 Prozent wurden für Kernforschung und 8,1 Prozent für Weltraumforschung verfügbar gemacht. Das heißt, daß in der für die Zukunft entscheidenden Forschungsprogrammierung das Gewicht von Rüstungsaspekten außerordentlich hoch ist.

Ist die Rentenzahlung gefährdet?

Während Bundesarbeitsminister Katzer beruhigend versichert, die Finanzierung der Rentenzahlung sei auch für die Zukunft nicht gefährdet und die Rentner brauchten sich ke'ne Sorgen zu machen, hat der Verband der Rentenversicherungsträger (VDR) unmißverständlich erklärt: „Die Liquiditätslage der Arbeiterrentenversicherung bleibt im Jahre 1969 weiterhin angespannt.“

Weiter heißt es, da die „Entwicklung der Arbeiterrentenversicherung auch im Jahr 1969 wieder defizitär verläuft“, hätten sich „Schwierigkeiten bei der Beschaffung der für die Rentenzahlung erforderlichen Barmittel“ ergeben. Die Rentenversicherungsanstalten müßten wieder auf ihre Rücklagen zurückgreifen, die zum großen Teil in Wertpapieren angelegt sind und deren Veräußerung nach Ansicht des VDR Störungen des Wertpapiermarktes mit sich bringen wird.

Damit wird bestätigt, wie rücksichtslos der Staat die seit der Währungsreform bei der gesetzlichen Rentenversicherung aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten angsammelten Rücklagen für die allgemeine Kapitalbildung und für die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer gefährdet. Eine Veräußerung von Wertpapieren ist für die Versicherungsanstalten mit erheblichen Verlusten verbunden. Erschwerend für die Finanzlage der Versicherungsträger kommt hinzu, daß die Bundesregierung ihre Zuschüsse in der Höhe von etwa 6 Milliarden DM nicht in bar leistet, sondern den Versicherungsanstalten Schuldbuchforderungen aufzwingt, die nicht verkäuflich sind.

Die Hauptursache für die finanziellen Schwierigkeiten der Rentenversicherung ist die Tatsache, daß die Bei-

tragsgelder der Arbeitnehmer, wie zuletzt unter Hitler, wieder zur Finanzierung maßloser Rüstungsausgaben vergründet werden. Die Große Koalition hat sich, genau wie die vorhergegangenen Regierungen, ihren Verpflichtungen gegenüber der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer entzogen und diesen Kurs besonders mit dem Finanzänderungsgesetz von 1967 verschärft fortgesetzt. So sind der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten allein für das Jahr 1969 fast 1,5 Milliarden DM entzogen worden. Im einzelnen sehen die Kürzungen so aus:

Beteiligung des Bundes an den Aufwendungen zur Bekämpfung der Tuberkulose	rd. 50 Mill. DM
Streichung der Bundes-erstattung für Sonder-zuschüsse (Finanzplanungs-gesetz 1966)	66 Mill. DM
Kürzung der Bundes-zuschüsse	933 Mill. DM
Zahlung eines Wander-ausgleiches an die knappshaftliche	
Rentenversicherung	257 Mill. DM
Beteiligung an den Aufwendungen der knapp-schaftlichen Kranken-versicherung für Rentner (Finanzänderungs-gesetz 1967)	117 Mill. DM

Planung im Kapitalismus ist natürlich nicht in jedem Falle Rüstungsplanung. Aber immer ist sie auf die Stärkung des Monopolkapitals gerichtet, dessen aggressivste Gruppe zwei Weltkriege und Dutzende von kolonialen Unterdrückungskriegen geplant und verwirklicht haben — mit unsagbaren Opfern für die Menschheit. Selbst als Planung der Friedenswirtschaft schließt sie die Vorgabe von „Lohn-Orientierungshilfen“, also einen Druck auf die Lage der Arbeiterklasse ein. Und auf der Grundlage des Eigentums einzelner Monopole und Monopolgruppen kann die zentrale staatliche Planung nicht verbindlich sein, während die monopolinterne Planung sogar zum Mittel der Konkurrenz wird, gerade dadurch die Effektivität zentraler Programme erheblich herabmindert und immer wieder unvorhergesehene Strukturkrisen usw., die soziale Unsicherheit für die Arbeiterklasse begünstigt.

Die Konkurrenz um höchstmögliche Profite der einzelnen großen Gesellschaften tendiert nicht zuletzt auch

dahin, die Investitionen, die staatlichen Subventionen usw. möglichst in den unmittelbar produktiven und profitbringenden Bereich zu lenken und dabei z. B. Bildungsinvestitionen zu vernachlässigen. **Das Konkurrenzinteresse der einzelnen Monopole schließt also eine auf die optimale Entfaltung der menschlichen Bildung und der menschlichen Persönlichkeit gerichtete gesamtgesellschaftliche Planung aus.** Und mehr noch: die durchaus raffiniert geplante Manipulierung der Öffentlichkeit ist darauf gerichtet, diese systematisch von jeder Mitbestimmung in der Gesellschaft fernzuhalten.

Die kapitalistische Planung als Planung der Profite verhindert prinzipiell, daß die Mehrheit der Menschen mit ihrer ganzen schöpferischen Initiative zum Träger der Planung wird — im Unterschied zum Sozialismus, dessen Stärke gerade in der Fähigkeit zur Einbeziehung der Menschen in die Verwirklichung der Pläne besteht.

Lenin — Fragen der Gewerkschaftspolitik**■ 11.—13. September**

Angestelltenkonferenz der IG Metall in Bremen

■ 22.—25. September

Weltkonferenz des Internationalen Metallarbeiterbundes für die Beschäftigten der Stahl- und Aluminiumindustrie in Lüttich

■ 17.—31. Oktober

7. Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes in Budapest

■ 22.—25. Oktober

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier zur Regelung des gewerkschaftlichen Unterstützungsweises in Koblenz

■ 2.—8. November

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Dortmund

■ 25.—27. November

Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Braunschweig

■ 4.—6. Dezember

Europäische Automobilarbeiterkonferenz des Internationalen Metallarbeiterbundes in Frankreich

■ 31. Dezember

Tarifverträge im Steinkohlenbergbau laufen ab

DGB bildet Satzungskommission

Die einzelnen Mitgliedsgewerkschaften des DGB und der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand haben Ende August ihre Vertreter für die Kommission benannt, die laut Beschuß des 8. ordentlichen Bundeskongresses Vorarbeiten für eine Satzungsänderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes leisten soll und bis zum 1. September 1969 zu bilden war. Dem Vernehmen nach gehören der Kommission, die sich bis Anfang September noch nicht offiziell konstituiert hatte, bis auf wenige Ausnahmen die Gewerkschaftsvorstände an. Der geschäftsführende Bundesvorstand hat den DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter für die Kommission bestimmt, die insgesamt 17 Mitglieder hat. Die Satzungskommission muß bis spätestens 1. 10. 1970 ihre Vorschläge präsentieren, die dann in den Gewerkschaften zu diskutieren sind. Die 16 Gewerkschaften, die DGB-Landesbezirke und Kreise sind ebenfalls aufge-

Herausgeber und Redaktion der gewerkschaftspolitischen Monatszeitschrift NACHRICHTEN planen am 6. und 7. Dezember 1969 in Nürnberg eine wissenschaftliche Konferenz über das Thema: „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik.“ Mit dieser Veranstaltung wollen die NACHRICHTEN einen Beitrag zum 100. Geburtstag von W. I. Lenin leisten, den die internationale Arbeiterbewegung am 24. April nächsten Jahres begeht.

Lenins Lehren über die Gewerkschaften sollen in Verbindung mit den aktuellen Problemen der Gewerkschaftspolitik, dem Standort, der Rolle und den Aufgaben der Gewerkschaften im spätkapitalistischen System der Bundesrepublik diskutiert werden, so daß eine Auseinandersetzung mit reaktionären Gewerkschaftstheorien und Modellen der Gegenwart erfolgen kann. Vertreter der Gewerkschaften aus der DDR und der Sowjetunion sind von uns eingeladen, über Lenins Lehre und die Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern zu sprechen.

Herausgeber und Redaktion der Zeitschrift NACHRICHTEN hoffen, daß sich viele interessierte Gewerkschafter, Wissenschaftler und Publizisten aus der Bundesrepublik an dieser Konferenz beteiligen. Die genaue Tagesordnung wird im Oktober veröffentlicht. Alle Teilnehmer erhalten vor Stattfinden der Veranstaltung Thesen der Einleitungsreferate.

Anmeldungen und Anfragen über Verlauf und Inhalt der Konferenz sind zu richten an die Redaktion NACHRICHTEN, 6 Frankfurt/Main, Friedberger Landstraße 307.

Herausgeber und Redaktion

fordert, ihre Vorschläge für eine Satzungsreform einzureichen.

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat auf ihrem 8. Gewerkschaftstag Anfang September in Wiesbaden bereits beschlossen, bis zum 1. Oktober 1969 eine Kommission zu bilden, die entsprechende Vorschläge erarbeiten soll.

**Null-Tarif auch
für Lehrlinge gefordert**

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat jetzt entsprechend dem Verlangen der Arbeiterjugendverbände beschlossen, daß ab 1970 Realschüler und Gymnasiasten für den Schulweg die öffentlichen Verkehrsmittel kostenfrei in Anspruch nehmen können. Bisher gilt diese Regelung nur für Grund- und Hauptschüler. Die Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend (SDAJ) sieht in dem Beschuß der Landesregierung, wie sie in einer Pressverlautbarung mitteilte, nur einen Teilerfolg, da die Jugendverbände in der Vergangenheit wiederholt die kostenlose Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel auch für Berufsschüler und Lehrlinge gefordert hatten. Diese Forderung müsse ebenfalls umgehend erfüllt werden.

Zu guter Letzt:

In seinem Referat auf der IG Metall-Angestelltenkonferenz in Bremen sagte Otto Brenner zum Streik der Klöckner-Arbeiter: „Die IG Metall kann diese Art der Auseinandersetzung nicht billigen. Wir unterliegen der Friedenspflicht.“

Frieden kann aber nur halten, dessen Kasse stimmt. Die Unternehmer streiken ja auch nicht.

**Handbuch für
Arbeiter und Angestellte**

„Lohn, Preis und Profit heute“ heißt eine Broschüre von Dr. Heinz Schäfer, die in der Reihe „Marxistische Taschenbücher“ im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, Meisengasse 11, herausgekommen ist.

Der Titel geht auf den bekannten Vortrag von Karl Marx aus dem Jahre 1865 zurück.

Unter Bezugnahme auf Marx'sche Erkenntnisse wird in der Broschüre der Beweis geführt, daß sich die Lage der Arbeiterklasse im sogenannten modernen Kapitalismus im Prinzip nicht geändert hat.

Die leichtfaßlich geschriebene Arbeit mit ihrem reichen statistischen Material hat durch die Streikaktionen der Stahl- und Bergarbeiter besondere Aktualität bekommen.

Der Preis der Broschüre beträgt 3 DM.

nachrichten

Die NACHRICHTEN – Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik – erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukavka, Dinslaken; Heinz Seeger, Fr'fahnen. Redaktionskollegium: Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307;

Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9; Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31. Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 54 97 96; Konto-Nr. 58 029 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/M.; Postscheckkonto (bis auf weiteres): Heinz Seeger, Stuttgart 960 19.

Einzelpreis 0,75 DM; vierteljährlich 2,25 DM, jährlich 9,00 DM plus Zustellgebühr (1,80 DM). Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Max Kristeller, 2 Hamburg 50.